

Wahlprogramm der Gütersloher SPD
2014-2020

1. Grundsätze sozialdemokratischer Kommunalpolitik	5
2. Kinder und Jugend in Gütersloh	6
2.1. Elementarbildung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf	6
2.2. Kinder und Jugendarbeit	7
2.3. Kontakt zu Familien – Kommunale Kinder- und Jugendhilfe	7
2.4. Kinder- und Familienfreundlichkeit	7
2.5. Freizeit- und Aufenthaltsqualität in der Stadt für Kinder und Jugendliche	8
3. Lernen, leben, zusammenwirken – Schule und Bildung in Gütersloh „vom Kind aus“ gedacht.....	8
3.1. Leitlinien – Inklusion in der Schule	8
3.2. Schulangebot	9
3.3. Ganztagschule	10
3.4. Schule ist „mehr“	10
3.5. Übergänge gestalten	12
3.6. Nicht-pädagogisches Personal in der Schulgemeinschaft	12
3.7. Finanzen im Schulbereich – Investitionen in Schulbauten.....	13
3.8. Bildungsberichterstattung und Ausschussarbeit	13
3.9. Stadtbibliothek, Volkshochschule & Co. – außerschulische Lernorte	14
4. Planung und Stadtentwicklung – Lebenswerte Stadt	15
4.1. Demografischer Wandel und Familienfreundlichkeit	15
4.2. Wohnraum und Konversion	16
4.3. Attraktiv gestaltetes Stadtbild – auch und gerade in der Innenstadt.....	17
4.4. Stadtteile verbindende Verkehre – ein guter ÖPNV für Gütersloh	18
4.5. Gewerbegebiete und Wirtschaft	19
5. Umwelt- und Klimaschutz	20
5.1. Energiewende vor Ort umsetzen – nachhaltig und dezentral	20
5.2. Energieeffizienz – nicht verbrauchte Energie muss nicht erzeugt werden.....	21
5.3. Intelligente Systeme und Strategien – Kommunale Vorbildfunktion.....	21
5.4. Verkehr und Mobilität – Fahrradverkehr und andere ökologische Alternativen.....	23
5.5. Schutz von Artenvielfalt und Natur.....	23
5.6. Kommunale Ver- und Entsorgungspolitik.....	24
5.7. Nachhaltige Ernährung und Erholungsräume – Grünflächen in Gütersloh.....	24
5.8. Luftreinhaltung und Lärminderung	24
6. Soziale Stadt.....	25
6.1. Kommunale Daseinsvorsorge.....	25
6.2. Bedeutung von Familien in der kommunalen Gemeinschaft	25
6.3. Wohn- und Betreuungsformen	25
6.4. Stadtteilentwicklung.....	26
6.5. Sozialpolitik.....	26
6.6. Lokale Mitverantwortung.....	27
6.7. Pflege von Menschen mit Handicap und pflegende Angehörige	27
6.8. Ehrenamt fördern.....	27
6.9. Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe.....	28
6.10. Integration als Chance	28
6.11. Gesundheitswesen	29
7. Kultur und Sport in Gütersloh.....	30
7.1. Theater.....	31
7.2. Stadthalle	31
7.3. Alternative Kultur in der Weberei	31
7.4. Ehrenamtliche Kulturarbeit	32
7.5. Bildende Kunst	32
7.6. Kulturelle Bildung und kulturelles Gedächtnis	32
7.7. Partner des Sports.....	33
8. Kommunale Querschnittsaufgaben	33
8.1. Finanzen	33
8.2. Inklusion.....	35
8.3. Feuerwehr und Sicherheit.....	36

8.4. Verbraucherpolitik als kommunale Aufgabe.....	36
8.5. Kommunale Unternehmen	37
8.6. Unsere Städtepartnerschaften	37
8.7. Gütersloh – ein guter Nachbar.....	38
8.8. Beteiligung, Transparenz und Kommunikation.....	38
8.9. Wurzeln sozialdemokratischer Kommunalpolitik	39
9. Personal	40
10. Schlusswort	42

Erläuterungen zur Darstellung des Wahlprogramms:

1) Bürgerdialog:

Mit einer Postkarte an alle Gütersloher Haushalte sowie mehreren Infoständen wurde im Dezember 2013/Januar 2014 die Meinung der GütersloherInnen zu der Frage: „Was muss in Gütersloh besser werden?“ eingeholt. Viele der zahlreichen Antworten wurden bei der Erstellung des Programms berücksichtigt. Einerseits wurden neue Hinweise gegeben, die wir weiter verfolgen möchten, andererseits wurden wir in bereits bestehenden Positionen bestärkt. Auf die Antworten aus dem Bürgerdialog wird an den entsprechenden Stellen im Wahlprogramm mit dem Hinweis „Bürgerdialog“ verwiesen.

2) Verknüpfungen und Verweise:

An zahlreichen Stellen werden Bezüge und Querverweise zu anderen Kapiteln hergestellt. Diese sind mit einem „ →“-Symbol gekennzeichnet

3) Forderungen:

Konkrete Forderungen der Gütersloher SPD werden zur besseren Lesbarkeit eingerückt dargestellt

4) Beispiele:

An einigen Beispielen soll erläutert werden, was sich hinter den Forderungen verbirgt, so dass nachvollzogen werden kann, worum es sich dabei handelt.

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger der Stadt Gütersloh,

fünf Jahre sind seit der letzten Kommunalwahl vergangen. Fünf Jahre, in denen eine schwarz-grüne Mehrheit mit Unterstützung der UWG regiert hat und für unsere Stadt keine nennenswerten Akzente gesetzt, sondern den Zustand verwaltet hat, ohne Zukunftsideen oder -perspektiven zu entwickeln.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine Stadt, in der sich alle Menschen gleichermaßen wohlfühlen und entfalten können. Unabhängig von Alter, sozialer Stellung, Geschlecht, Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung – Gütersloh ist eine weltoffene und l(i)ebenswerte Stadt, in der die Menschen gut leben und arbeiten können. Gütersloh ist eine Stadt mit Zukunft.

Die Bürgerinnen und Bürger mögen ihr Gütersloh und sie wollen gute Lebensbedingungen für sich und ihre Familien, bezahlbaren Wohnraum, optimale Bildungsmöglichkeiten, attraktive Arbeitsplätze, ein breites Kultur- und Freizeitangebot und ein sicheres Leben in ihrem wohlverdienten Ruhestand. Für uns gehören die Stärkung des Wirtschaftsstandortes, der bedachte Umgang mit der Umwelt und der Energie sowie eine soziale städtische Gemeinschaft ergänzend dazu.

Beste Angebote der Betreuung und für die Bildung schaffen die besten Voraussetzungen für Chancengleichheit in späteren Lebensabschnitten. Ein gute Integration zugezogener Menschen schafft Verständnis füreinander und soziales Miteinander. Wir wollen gemeinsam mit Ihnen die Zukunft gestalten, um die Herausforderungen zu meistern. Gütersloh ist Ihre l(i)ebenswerte Stadt. Eine Stadt der Toleranz, der Kreativität, der Stärke, der Solidarität – der Zukunft.

Auf den folgenden Seiten unseres Wahlprogramms zeigen wir auf, welche Idee wir für Gütersloh haben. Dies bildet Grundlage für unsere kommunalpolitische Arbeit in den kommenden sechs Jahren. Wir sind bereit, Verantwortung für Sie und die Zukunft unserer Stadt zu übernehmen – gemeinsam mit unseren Ratskandidatinnen und -kandidaten, die gerne in Gütersloh leben und mittendrin sind. Mit unserem Wahlprogramm beschreiben wir unsere Ziele und werben um Ihr Vertrauen – für ein l(i)ebenswertes Gütersloh. Wir bitten Sie um Ihre Stimme am 25. Mai 2014, damit wir diese Ziele für unsere schöne Stadt gemeinsam mit Ihnen erreichen.

Herzlichst

Ihr
Matthias Trepper
SPD-Stadtverband

Ihr
Thomas Ostermann
SPD-Ratsfraktion

1. Grundsätze sozialdemokratischer Kommunalpolitik

Eine solidarische Bürgergesellschaft in der Kommune ist für die Daseinsvorsorge verantwortlich und prägt den Alltag der Menschen. In den Kommunen entscheidet sich, ob alle Kinder frühkindliche Förderung bekommen, ob Menschen unterschiedlicher Kulturen miteinander oder nebeneinanderher leben, ob Jugendliche ihre Freizeit sinnvoll gestalten, ob ältere Menschen integriert bleiben, ob sich die Menschen im öffentlichen Raum sicher fühlen.

Als sich vor über 100 Jahren SozialdemokratInnen in Gütersloh zusammenschlossen, war die Gestaltung des unmittelbaren Lebensraumes eines ihrer wichtigsten politischen Ziele. Wir knüpfen an diese guten demokratischen Traditionen der Sozialdemokratie an und unsere Aufgabe ist es immer wieder, sie in neuer Zeit schöpferisch anzuwenden.

Die Herausforderungen an die Kommunalpolitik sind auch in der Zukunft groß: Angefangen mit den Auswirkungen der Globalisierung auf der kommunalen Ebene, über den demografischen Wandel der Bevölkerungsstruktur, bis zu den ökologischen Herausforderungen infolge heraufziehender Energiekrisen und des Klimawandels stellen viele Entwicklungen die Kommunalpolitik vor neue Aufgaben. Darauf reagieren wir nicht pessimistisch, sondern mit dem politischen Willen zur Gestaltung auf der kommunalen Ebene. Wir SozialdemokratInnen wollen gute Lebensbedingungen für alle Menschen in Gütersloh. Wir wollen allen BürgerInnen eine hohe Lebensqualität in der Kommune bieten.

Unsere Kommunalpolitik ist an unseren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität orientiert. Deshalb sind soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Integration, Toleranz und Demokratie unverzichtbare Bestandteile sozialdemokratischer Politik auch vor Ort. Sie respektiert die Vielfalt der gesellschaftlichen Gruppen und leistet ihren Beitrag zum Gelingen einer menschenfreundlichen Kommune.

Die SPD steht für demokratische, soziale, integrative und damit zukunftsorientierte Kommunalpolitik. Nachhaltige Kommunalpolitik orientiert sich am Gleichklang von Ökonomie, Ökologie und Sozialem. So schaffen wir die Voraussetzungen für eine hohe Lebensqualität der Menschen in unserer Stadt.

Die Kommunen sind die Erfahrungsebene der BürgerInnen, auf der die Auswirkungen vieler gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Entwicklungen konkret und fassbar werden. In immer komplexeren Zusammenhängen von Globalisierung und einem zusammenwachsenden Europa ist es vor allem die regionale Lebenswelt mit ihrer einzigartigen Geschichte und Kultur, die Heimat, Gemeinschaft, Überschaubarkeit und Sicherheit im Wandel bietet.

Sozialdemokratische Kommunalpolitik ist gelebte Demokratie. Demokratie lebt von der Mitwirkung und der Beteiligung aller EinwohnerInnen. Ihr Engagement ist notwendig und erwünscht. Kommunale Selbstverwaltung ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Rat, Verwaltung und Bürgerschaft. Die Verantwortung für das Gemeinwohl bleibt eine zentrale Aufgabe von Politik und Verwaltung. Lokale Demokratie erschöpft sich nicht in formalen Beteiligungsrechten, sondern verlangt eine Kommunikationskultur der verschiedenen Akteure. Sozialdemokratische Kommunalpolitik vermittelt zwischen den verschiedenen einzelnen Interessen und Bevölkerungsgruppen und führt die gesellschaftlichen Kräfte zusammen, um Zukunftsfragen gemeinsam vor Ort zu lösen.

Der vorsorgende Sozialstaat beginnt in den Kommunen. Er setzt an den Ursachen der Unterstützungsbedürftigkeit an und zielt darauf ab, Leistungsempfänger von den empfangenen Leistungen unabhängig zu machen. Alle kommunalpolitischen Instrumente und Möglichkeiten müssen dazu genutzt werden, vorausschauend Fehlentwicklungen zu erkennen und nachhaltig wirksam für soziale Gerechtigkeit und Integration aller Bevölkerungsgruppen zu sorgen. Der erste Ansatz unserer Problemlösungen setzt an den Ursachen an. Dabei gilt: Frühes Vorbeugen ist besser als spätes Heilen. Der zweite Ansatz orientiert sich am Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe: Fördern und Fordern. Gleichermaßen muss aber auch konkrete Hilfe geleistet werden. Fehlentwicklungen müssen behoben werden. Sozialdemokratische Kommunalpolitik setzt sich dafür ein, dass soziale Dienste nicht erst aktiv werden, wenn die Menschen zu Fällen geworden sind und als Anspruchsberechtigte Dienstleistungen nach den Sozialgesetzen erhalten. Die präventive Arbeit muss wieder deutlich verbessert werden.

Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und die Entwicklung beruflicher Perspektiven für junge Menschen bleibt für die SPD in Gütersloh eine herausragende politische Aufgabe. Gemeinsam

mit Industrie, Mittelstand, Handwerk und Gewerkschaften müssen vor Ort gute Bedingungen für Unternehmen und sichere Arbeitsplätze geschaffen werden. Neben den privaten Akteuren nehmen auch die Kommunen selbst als Arbeitgeber und große Investoren eine wichtige Rolle im Wirtschaftsgeschehen ein. Ein Abbau des hohen Investitionsbedarfs in die öffentliche Infrastruktur leistet wirksame Impulse für die regionale Wirtschaft.

2. Kinder und Jugend in Gütersloh

2.1. Elementarbildung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Von herausragender Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt ist die Wertschätzung von und die Fürsorge für Kinder, Jugendliche und ihre Familien.

Junge Eltern wollen und müssen oft Familie und Beruf miteinander vereinbaren und brauchen Entlastung bei der Betreuung ihres Nachwuchses durch qualitativ gut ausgestattete Einrichtungen mit ausreichenden und flexiblen Öffnungszeiten (→ Kapitel 6.9.). Kindertageseinrichtungen sind im Rahmen der Elementarpädagogik wichtige Bestandteile der Bildungskette, die für die Lebenschancen der Kinder und für die Zukunftschancen unserer Gesellschaft entscheidend sind.

Für alle Kinder, für die ein Platz in einer Kindertageseinrichtung nachgefragt wird, muss dieser in Zukunft auch zur Verfügung stehen, sei es im Bereich der Ü3-Betreuung oder der U3-Betreuung.

Daneben sollen auch Plätze in der Kindertagespflege zur Verfügung stehen. Auch in diesem Bereich ist es unser Ziel, ein qualitativ gutes Angebot in Gütersloh zur Verfügung zu stellen. Neben der weiterhin stattfindenden Qualifizierung der Tagesmütter und -väter sollen aber auch Vernetzungen institutionalisiert werden, sei es zum Zwecke des gegenseitigen Erfahrungsaustausches oder sei es auch zum Zwecke einer gemeinsamen Interessenvertretung der Tagesmütter und -väter.

Bildung ist für uns ein Grundrecht, von der Geburt bis hin zur Hochschulausbildung. Grundsätzlich sollte Bildung daher kostenfrei sein. Das gilt auch für Kinder im Alter von 0-6 Jahren. Wir wissen allerdings auch, dass dieses Ziel angesichts der Situation kommunaler Haushalte nicht ohne weiteres umsetzbar ist.

Unser Ziel wird es trotzdem sein, die Elternbeiträge so niedrig wie möglich zu halten. Sobald die Mehrheit dafür vorhanden ist, werden wir die Elternbeitragsatzung mit dem Ziel überarbeiten, die Beiträge zu senken.

Die beiden letzten Änderungen der Elternbeitragsatzung sind gegen die Stimmen der SPD-Fraktion erfolgt. Wir wollen außerdem vor Ort die Beitragsfreistellung des letzten Kindergartenjahres vor der Einschulung 1:1 umsetzen, so wie es die rot-grüne Landesregierung vorgesehen hat. (Bürgerdialog: „Kita-Beiträge günstiger machen – Familienfreundliche Stadt Gütersloh“)

Die Entwicklungsprozesse von Kindern verlaufen sehr unterschiedlich. Daher treten wir für eine optimale Betreuung aller Kinder ein. Dies beinhaltet für uns auch und gerade die Inklusion behinderter Kinder (→ Kapitel 8.2.). Für alle Kinder ist eine verlässliche und ganzheitlich ausgerichtete Gesundheitsförderung und Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Um jedem Kind einen guten Start in das Schulleben zu ermöglichen, muss die Zusammenarbeit und Verknüpfung zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen ausgebaut werden (→ Kapitel 3.5.).

Wir werden es allen Kindern ermöglichen, an qualitativ guten Mahlzeiten (→ Kapitel 3.4.) teilzuhaben. Diese sollen die nachstehend aufgeführten Kriterien erfüllen:

- kindgerecht und lecker
- gesund und ausgewogen
- regional und saisonal
- sowie kostengünstig

2.2. Kinder und Jugendarbeit

Neben Kitas und Schulen als Bildungseinrichtungen kommt der Kinder- und Jugendarbeit eine wichtige Rolle bei der Entwicklung von Jugendlichen zu. Wir werden sicherstellen, dass auch in Zukunft flächendeckend in allen Sozialräumen Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit bestehen. Ebenso werden wir die mobile Jugendarbeit fortführen.

Ebenso wichtig ist die Kinder- und Jugendverbandsarbeit. Sie ist ein wesentliches Angebot zur selbstbestimmten Gestaltung des Zusammenseins mit Gleichaltrigen.

Wir werden keinen weiteren finanziellen Kürzungen in diesem Bereich zustimmen, sondern vielmehr versuchen, die Förderung in diesem Bereich auszuweiten.

2.3. Kontakt zu Familien – Kommunale Kinder- und Jugendhilfe

Der finanzielle Aufwand, den Kommunen im Rahmen der Hilfen zur Erziehung zu tragen haben, ist überall in den letzten Jahren stark gestiegen. Dabei ist zu beachten, dass hinter jedem einzelnen Fall ein individuelles Schicksal steht. Für die betroffenen Kinder und Jugendlichen verschlechtern sich in solchen Fällen die Chancen in ihrer Entwicklung.

Wir werden auch künftig den gesetzlichen Anspruch erfüllen, dass jedem Kind und jeder und jedem Jugendlichen die zielgerichtete und richtige Hilfe zukommt. In diesem Zusammenhang ist es jedoch noch wichtiger, Fehlentwicklungen zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu vermeiden. In Gütersloh gibt es das soziale Frühwarnsystem, das die SPD vor vielen Jahren initiiert hat und das dann weiterentwickelt worden ist. (→ Kapitel 2.4. Kinder- und Familienfreundlichkeit)

Neben z.B. bestehenden Betreuungsangeboten, die den unmittelbaren Kontakt zu den Familien bereits zum Zeitpunkt der Geburt eines Kindes sicherstellen, wollen wir möglichst viele Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren ausbauen. In diesen Einrichtungen sollen die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, der Erziehungsberatung, der Familienhilfe und der Familienbildung sowie der Gesundheitsvorsorge zusammengeführt und sozialräumlich vernetzt werden.

Ebenso werden wir uns für die Schaffung neuer und die Weiterentwicklung bestehender Netzwerke der an der Erziehung und Bildung von Jugendlichen beteiligten Institutionen, wie z.B. Weiterbildungseinrichtungen, Kindergärten, Jugendhilfe, Schulen, Betrieben, Kammern, Kirchen, Gewerkschaften, Arbeitsagenturen, Verbänden, Hochschulen u.a. stark machen.

Wir werden uns außerdem dafür einsetzen, dass Jugendlichen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, insbesondere an Bildung und Kultur, ermöglicht wird. Im Bildungs- und Teilhabepaket wurden hier in der Vergangenheit unter anderem finanzielle Mittel zur Verfügung bereitgestellt, die Jugendlichen diese Teilhabe ermöglicht haben. Leider ist das Bildungs- und Teilhabepaket ausgelaufen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch den Kindern und Jugendlichen, bei denen die finanziellen Ressourcen der Eltern nicht vorhanden sind, dennoch die Möglichkeit gegeben wird, z.B. an Schwimmkursen oder an musikalischer Früherziehung teilzunehmen oder Mitglied z.B. in Sportvereinen zu sein.

2.4. Kinder- und Familienfreundlichkeit

Wir setzen uns für eine kinderfreundliche Gesellschaft ein. Hierzu bedarf es guter sozialer Infrastrukturangebote in den Kommunen.

Derzeit sind Familien mit Kindern in größerem Umfang Armutsrisiken ausgesetzt. Auch der Ausfall oder die Minderung des Erwerbseinkommens eines Elternteiles können Familien an die Armutsgrenze führen. Deswegen müssen Kinder- und Jugendeinrichtungen, wie z.B. die Schulen, in sozial benachteiligten Stadtteilen besonders gefördert werden. Dies gilt sowohl für die Sach- als auch gerade für die Personalausstattung. Die Fortführung der Schulsozialarbeit an sechs Gütersloher Grundschulen und ein weiterer Ausbau der Schulsozialarbeit (→ Kapitel 3.4.) sind ein erster Schritt dahin.

Armut ist sichtbar und im täglichen Leben erfahrbar. Unzureichende öffentliche Sicherheit, Diskriminierung, Integrationsdefizite und andere soziale Problemlagen werden in der Kommune konkret erlebt. Wir wollen die sozialen Frühwarnsysteme fortführen sowie das Gütersloher Bündnis für Erziehung

weiterentwickeln und ausbauen. Damit können Risiken im Bereich der Kindererziehung rechtzeitig erkannt sowie ihnen gegengesteuert werden.

Mit der zügigen Fortschreibung des Familienberichtes (→ Kapitel 6.2.) werden wir aktuelle Aussagen erhalten, wo und in welcher Form Maßnahmen zu ergreifen sind. Wenn sich hieraus ergibt, dass zusätzliche finanzielle Mittel in die Hand zu nehmen sind, werden wir das tun. Prävention vermeidet viel höhere Folgekosten und – das ist viel wichtiger – sie gibt jungen Menschen zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Chance, einen positiven, zukunftsorientierten Weg einzuschlagen.

2.5. Freizeit- und Aufenthaltsqualität in der Stadt für Kinder und Jugendliche

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene haben eigene Erwartungen und Ansprüche an die Aufenthaltsqualität in ihrer Stadt. Kinderspielplätze werden wir da aufrechterhalten, wo es Bedarf gibt, und dort schaffen, wo Bedarf besteht oder mit Bedarf zukünftig zu rechnen ist. Kinderspielplätze müssen dabei attraktiv gestaltet sein.

Die Spiel- und Beschäftigungsmöglichkeiten müssen dabei auf die verschiedenen Altersgruppen ausgerichtet sein. Neben Spielplätzen im traditionellen Sinn sind z.B. Bolzplätze oder auch andere Sportmöglichkeiten (z.B. eine Halfpipe, Parcours-Gelände, Skate-Möglichkeiten vor dem Theater) zentral wie auch dezentral zu schaffen bzw., wo vorhanden, bei Bedarf zu erhalten. (Bürgerdialog: „Mehr Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche. Wiederherstellung des Skateplatzes“)

Gleiches gilt für andere Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, sei es in Jugendfreizeiteinrichtungen, Kultureinrichtungen (→ Kapitel 7) oder beispielsweise einer Diskothek. Dabei ist es Aufgabe der Stadt, für privatwirtschaftliche Angebote die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die SPD möchte Kirmesveranstaltungen auf dem Marktplatz und in der unmittelbaren Umgebung erhalten. (Bürgerdialog: „Erhalt der Kirmes auf dem Marktplatz“, „Kein Umzug mit Kirmesveranstaltungen in die Innenstadt“)

3. Lernen, leben, zusammenwirken – Schule und Bildung in Gütersloh „vom Kind aus“ gedacht

Gute Bildung ist ein entscheidender Baustein für Chancengleichheit, Gerechtigkeit, Partizipation, sozialen Zusammenhalt und für die persönliche Zukunft. Gute Bildungspolitik ist zugleich präventive Sozial-, Wirtschafts- und Integrationspolitik. Und gute Bildung ist ein Grundpfeiler für eine gestärkte, lebendige Demokratie und die Zukunft unserer kommunalen Gesellschaft. In den kommenden Jahren wird die Bedeutung von Bildung weiter ansteigen, sowohl unter dem Gesichtspunkt „Familiengerechte Kommune“ als auch als Standortfaktor hinsichtlich der Attraktivität für BürgerInnen und Unternehmen.

3.1. Leitlinien – Inklusion in der Schule

In der angestrebten inklusiven Gesellschaft (→ Kapitel 8.2) ist ein inklusives Schulsystem ein entscheidender Bereich. Seit 2009 ist die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung auch für Deutschland verbindlich. Kinder mit Behinderung haben demnach ein Recht auf inklusive Bildung. Die Kinder und Jugendlichen, die Lehrkräfte und die Schulen sollen gemeinsam von der Inklusion profitieren. Inklusion ist die zentrale Herausforderung, vor der die Schulen in Gütersloh stehen. Inklusion bedeutet einen Paradigmenwechsel. Der Blick wird auf die Vielfalt und die Potenziale der Kinder und Jugendlichen gelegt und löst die defizitorientierte Tradition im deutschen Schulwesen ab. Der Umbau hin zur Inklusion ist aber ein dynamischer Prozess und nicht in allen Einzelheiten vorhersehbar.

Unser Ziel ist es, die landespolitischen Vorgaben vor Ort konstruktiv umzusetzen und an Problemstellen Hilfestellungen geben zu können. Dies gilt insbesondere bei einer Diskussion über eventuellen den Fortbestand einzelner Förderschulen. Dabei soll das Know-How des Kommunalen Kompetenzzentrums für sonderpädagogische Förderung Gütersloh (KOKO.G) bestmöglich dauerhaft genutzt werden. Wir setzen uns in diesem Zusammenhang weiter für den

Auf- bzw. Ausbau der festverorteten, schulstandortgebundenen und personellen Unterstützung zur Optimierung der schulischen Inklusion

ein. Dies umfasst den Einsatz von Integrationshelfern sowie eine maximale Begleitung dort, wo es notwendig ist. Als ein Aspekt unter vielen muss dabei Barrierefreiheit auch ein durchgehendes Element des Erziehungs- und Bildungswesens sein. Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Regeleinrichtungen des Bildungswesens für Kinder und Jugendliche müssen feste Kriterien beim Bau und Umbau von Einrichtungen sein.

3.2. Schulangebot

Das Schulangebot in Gütersloh im Primar- und Förderbereich sowie auch in den verschiedenen Schulformen der Sekundarstufe und der gymnasialen Oberstufe ist über Jahrzehnte gewachsen. Eltern, Schülerinnen und Schüler haben in Gütersloh vielfältige Möglichkeiten, die Schulform zu wählen, bei der sich aus ihrer Sicht die besten Fördermöglichkeiten und Chancen für Kinder und Jugendliche mit Blick auf einen angestrebten Abschluss ergeben. Das Schulsystem ist jedoch in einem Wandel begriffen, der sich auch auf Gütersloh auswirken wird.

Angebot in der Primarstufe

Wir setzen uns für den Erhalt von Grundschulstandorten in allen Ortsteilen ein. Rückläufige Schülerzahlen fordern jedoch entsprechende Antworten seitens der Politik. Hier gilt es über

kreative schulorganisatorische Maßnahmen eine möglichst hohe Anzahl an Schulstandorten zu erhalten,

so lange dies pädagogisch gerechtfertigt werden kann.

Beispiel: „Zwei-plus-Eins-Lösung“ für Grundschulen

Eine solche Maßnahme kann die Zusammenlegung zweier benachbarter Grundschulen sein, bei der beide Standorte erhalten bleiben – und wechselnd ein Standort zweizügig und ein Standort einzügig geführt wird („Zwei-plus-Eins-Lösung“). Wir sind uns bewusst, dass dies keine ideale Situation, jedoch einer Schulschließung vorzuziehen ist. Profitieren könnte so z.B. auch der Ganztagsbetrieb durch ein größeres Raumangebot.

Angebot in der Sekundarstufe

Die Schulstruktur in der Sekundarstufe ist auch und gerade im Kreis Gütersloh aufgrund des Schulkompromisses auf der Landesebene in Bewegung geraten. Hier gilt es, in Gütersloh aktiv tätig zu werden und auch die Schullandschaft der Sekundarstufe zukunftsfähig zu gestalten. Es darf nicht nur reagiert, sondern muss agiert werden. Ziel ist es, gemeinsam mit den betroffenen Schulen, also LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern kreative Lösungen zu entwickeln, die einerseits dem veränderten Schulwahlverhalten entsprechen, andererseits aber auch Erfahrungen der in Gütersloh außerordentlich gut funktionierenden Gesamtschulen sowie Erkenntnisse der Erziehungswissenschaft aufgreifen. Dabei spielt die Tendenz zu „längerem gemeinsamen Lernen“ eine wichtige Rolle.

Mittelfristig sollen alle Schulen der Sekundarstufe I zum Abitur führen.

Entweder direkt durch eine gymnasiale Oberstufe oder durch verbindliche, fest verankerte Kooperationen mit Oberstufen anderer Schulen (wie etwa bei Sekundarschulen).

Angebote an Förderschulen und Berufsschulen

Förderschulen: → Kapitel 3.1.

Berufsschulen: → Kapitel 8.7.

3.3. Ganztagsschule

Wir haben erreicht, dass alle Grundschulen zu offenen Ganztagsschulen ausgebaut wurden. Die Anmeldezahlen im Ganztagsbereich geben dieser Entscheidung Recht. Dies ist in unseren Augen jedoch nur ein Zwischenziel. Wir streben an, dass alle Schulen der Primar- und Sekundarstufe zu gebundenen Ganztagsschulen ausgebaut werden.

Primarstufe

Der Umbau der Grundschulen zu gebundenen Ganztagsschulen ist aufgrund komplexer Genehmigungsverfahren schwierig umzusetzen, es sollen jedoch schrittweise organisatorische Wege beschritten werden, damit die Schulen, die sich in diese Richtung begeben, die Vorteile eines zumindest teilweise gebundenen Ganztags nutzen können.

Ein solcher Weg ist die verstärkte Einführung von Ganztagsklassen.

So können bereits Teilgruppen von SchülerInnen weitere Vorteile des Ganztags nutzen.

Beispiel: Rhythmiserte Ganztagsgrundschule¹

In dieser „idealen Ganztagsgrundschule“ (vbw 2013, S. 20) kann bereits durch eine Durchmischung von Unterricht und außerunterrichtlichen Angeboten eine neue Rhythmisierung geschaffen werden und so Lernphasen mit Phasen von Bewegungs- und Freizeitangeboten kombiniert werden. Zur organisatorischen Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen, z.B. dass nicht-unterrichtliche Angebote auch schon im Vormittag stattfinden können, ist ein enger Dialog mit den Trägern des Ganztagsbetriebs sowie den außerunterrichtlichen Partnern aus Vereinen und Musikschulen notwendig.

Sekundarstufe

Nachdem die SchülerInnen in den Grundschulen häufig bereits ein Ganztagsangebot wahrnehmen konnten, findet durch den Übergang in die weiterführenden Schulen z.T. ein Bruch statt, da nicht alle Schulen der Sekundarstufe I im Ganztagsschulbetrieb arbeiten.

Unser Ziel ist hier, schnellstmöglich alle Schulen der Sekundarstufe zu Ganztagschulen auszubauen.

Aufgrund der Studententafel arbeiten faktisch auch „Halbtagschulen“ durch zahlreiche Unterrichtsstunden am Nachmittag im Ganztagsbetrieb. Hier sollen durch die Umwandlung Vorteile geschaffen werden. Auch bei den weiterführenden Schulen wollen wir die bisher gemachten positiven Erfahrungen aus der Arbeit mit den Partnern aus Jugendhilfe, Kultur und Sport im Rahmen der offenen Ganztagsgrundschule nutzen und das Zusammenspiel der Fachkräfte aus diesen Bereichen mit den Lehrkräften auf gleicher Augenhöhe für Ganztagsangebote stärken.

3.4. Schule ist „mehr“

Schulen sind mehr als nur Orte des Lernens. SchülerInnen verbringen einen Großteil ihres Lebens in der Schule. Dies soll sich auch in den ergänzenden und nicht-unterrichtlichen Angeboten widerspiegeln.

Mittagessen

Kindern muss Raum und Zeit für Bewegung und eine gesunde Ernährung beim gemeinsamen Mittagessen geboten werden. Wir wollen, dass kein Kind in den Bildungseinrichtungen aus finanziellen Gründen vom gemeinsamen, qualitativ hochwertigen, kindgerechten und ausgewogenen Mittagessen und anderen schulischen Aktivitäten ausgeschlossen wird (**Bürgerdialog: „Essen an Schulen besser und günstiger machen“**).

¹ vgl. vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (Hrsg.) (2013): Zwischenbilanz Ganztagsgrundschulen. Betreuung oder Rhythmisierung? Gutachten des Aktionsrates Bildung. Münster: Waxmann (hier: S. 18)

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass für alle betroffenen Schulen (und auch Kindertageseinrichtungen) ein Konzept entwickelt wird, in dem u.a. eine Preisdeckelung für die SchülerInnen enthalten ist.

Die Schule übernimmt zu einem gewissen Teil eine Aufgabe in der Ernährungserziehung (wie auch die Volkshochschule → Kapitel 3.9.) hin zu einem gesunden und bewussten Essverhalten. Das Mittagessen kann dabei für pädagogische Gruppenprozesse eine wichtige Rolle übernehmen. Die Versorgung soll sowohl hinsichtlich der Erzeugung wie auch der Zubereitung über regionale Anbieter erfolgen.

Schulsozialarbeit

Wir sind davon überzeugt, dass eine gute und leistungsfähige Schulsozialarbeit in vielen Bereichen von schulischen Abläufen wichtige Beiträge leisten kann. Sie kann helfen, gute Ganztagschulen und eine inklusive Bildung zu schaffen, die Übergänge von der Kita in die Grundschule und von der Grund- in die weiterführende Schule zu verbessern (→ Kapitel 3.5.) und auch Hilfestellungen bei der Integration² von Kindern (z.B. mit Migrationshintergrund) und der Elternarbeit zu bieten.

Bereits in der Gütersloher Schuloffensive von 2011 bekannten wir uns zur Notwendigkeit von Schulsozialarbeit und beantragten ein

„Gesamtkonzept zur Schulsozialarbeit (...) sowie einen dem Konzept entsprechenden weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit“.

Wir halten selbstverständlich an dem Ziel fest, schrittweise alle Gütersloher Schulen mit Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeitern auszustatten.

Am Ende der kommenden Wahlperiode soll dies bei mindestens der Hälfte aller Grundschulen und allen weiterführenden Schulen der Fall sein.

Schulbibliotheken

Die Stadtbibliothek Gütersloh und insbesondere die Schulbibliotheken an den Gütersloher Schulen sind ein Herzstück und die Grundlage zur Teilhabe an gesellschaftlicher und kultureller Entwicklung. In den Schulbibliotheken wird durch Haupt- und Ehrenamtliche hervorragende Arbeit geleistet. Als außerunterrichtlicher Lernort sind die Schulbibliotheken gerade im Zuge eines verstärkten Ganztagsbetriebs unverzichtbar. Auch, weil hier soziale und ethnische Integration (vor-)gelebt wird. Wie stehen zu unseren Positionen aus der jetzigen Wahlperiode und setzen uns deutlich gegen jedwede Kürzung bei den Schulbibliotheken ein. Im Gegenteil:

Mindestens alle im System der Schulbibliotheken befindlichen Ressourcen sollen, unabhängig von der Schulstruktur und der weiteren Schulentwicklungsplanung, darin erhalten bleiben.

Demokratischer/politischer Bildungsauftrag von Schulen („Schulen gegen Rechts“)

Der Kampf gegen Nationalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ist eine zentrale politische Herausforderung. Dass Menschen unabhängig von ihrer nationalen oder ethnischen Herkunft gleiche Rechte und gleiche Würde genießen, erfordert auch heute noch (u.a.) politische Anstrengungen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Hierbei halten wir die Institution Schule für einen besonders wichtigen Bereich. Dabei sollen im Rahmen eines Konzepts Netzwerke auch mit Akteuren der Jugendhilfe geschaffen werden, um hier die Aufklärungsarbeit zu verbessern.

Ein praktischer Ansatzpunkt ist dabei auch das Vorleben demokratischer Strukturen innerhalb der Schulen, u.a. bei der Schülermitbestimmung. Wir unterstützen und begleiten auch weiterhin die Arbeit des Gütersloher Jugendparlamentes. Dieses hat in den vergangenen Jahren gute Arbeit geleistet und ist häufig als Vorbild für andere Gremien dieser Art in ganz Deutschland benannt worden. Aus Sicht der

² Wir sind uns bewusst, dass im Zuge der Debatte über eine inklusive Gesellschaft die Begriffe Integration und Inklusion mit bestimmten Bedeutungen versehen sind. Wir verwenden an dieser Stelle den Begriff Integration, um darzustellen, dass hier der Prozess des (Re-)Integrierens von Kindern gemeint ist, die durch verschiedene Gründe von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen wären.

SPD ist es zu begrüßen, dass besonders Jugendliche ohne Stimmrecht bei Wahlen so die Möglichkeit erhalten, sich aktiv Gehör und Einfluss auf Politik zu verschaffen, die sie direkt betrifft. Sowohl mit dem Jugendparlament als auch mit den Schülervertretungen wäre eine stärkere Kooperation und inhaltliche Auseinandersetzung mit Themenkomplexen der Kommunalpolitik wünschenswert. Die SPD und ihre Jugendorganisation, die Jusos, sind jederzeit bereit zum Dialog und suchen diesen auch selber aktiv.

3.5. Übergänge gestalten

Die Übergänge im Bildungssystem bilden wichtige Scharniere in den Bildungsbiografien der Kinder. Dies gilt für den Übergang von der Kita in die Grundschule, von der Grundschule in die weiterführende Schule sowie für den Übergang von der Schule in den Beruf/das Studium.

Übergang Kita-Grundschule und Grundschule-Sekundarstufe I

Gerade an diesen Übergängen im Bildungssystem ist die gegenseitige Kenntnis Grundlage für das Vermeiden von Brüchen in Bildungsbiografien. Dabei muss in zwei Ebenen differenziert werden: Eine generelle Kenntnis des „abgebenden“ bzw. „aufnehmenden“ anderen „Systems“, z.B. durch verstärkte Hospitationen und Kooperationen zwischen Kita und Grundschule bzw. Grundschule und weiterführender Schule ist wünschenswert. Auf der individuellen Ebene ist der Austausch über Bildungsverläufe der Kinder bzw. SchülerInnen ebenfalls hilfreich. Hierbei muss abgewogen werden zwischen Datenschutz einerseits und hilfreichen Rückmeldungen über Entwicklungen in der Bildungsbiografie in Bezug auf Prognosen, Brüchen, aber auch Diagnosen andererseits.

Übergangskoaches und Jugendberufshilfe

Die SPD wird ihren eingeschlagenen Weg in diesem Bereich fortsetzen und dafür eintreten,

dass die Zahl der Übergangskoaches im aktuellen Umfang erhalten bleibt und möglichst sogar alle Schulen der Sekundarstufe Übergangskoaches erhalten,

die den Übergang von der Schule in den Beruf managen. Dazu soll ein Konzept entwickelt werden, welche Rolle möglichst mehrsprachige Informationshelfer für Eltern spielen können. Das Gesamtkonzept Jugendberufshilfe der Stadt Gütersloh 2010-2015 bietet entsprechende Ansatzpunkte und soll rechtzeitig aktualisiert und fortgeschrieben werden.

3.6. Nicht-pädagogisches Personal in der Schulgemeinschaft

Ein wichtiger Bestandteil für das Funktionieren einer Schulgemeinschaft ist das nicht-pädagogische Personal. Dazu zählen wir u.a. die HausmeisterInnen, die SekretärInnen, die IT-BetreuerInnen, aber auch die Reinigungskräfte. An vielen dieser Positionen reichen die Kapazitäten mit geänderten und gestiegenen Aufgaben nicht mehr aus. Durch die Verdichtung der HausmeisterInnen-Stellen von 2009 sind an vielen Schulen Probleme entstanden, während gleichzeitig das finanzielle Einsparziel nicht erreicht worden ist. Vielmehr haben sich die Arbeitsbedingungen vor Ort massiv verschlechtert, die Überstundenzahlen sind deutlich gestiegen. Auch für die Schulen ist die Situation oft nicht zufriedenstellend. Gleichzeitig werden z.B. durch externen Winterdienst, aber auch eine eingeschränkte Pflege der Gebäude sowohl zusätzliche Mittel aufgewandt als auch der Erhalt der Gebäude finanziell teurer. Hier gilt es,

ein Konzept zu erstellen, bei dem sowohl die Bedürfnisse der Schulen als auch der HausmeisterInnen berücksichtigt werden. Dabei soll eine externe Vergabe genauso wenig in Betracht gezogen werden wie eine nur auf dem Papier stattfindende Aufgabenreduktion.

Vergleichbar ist die Situation bei den SchulsekretärInnen. Durch den Ganztagsbetrieb wurden die „Betriebszeiten“ der Schulen ausgeweitet, die Kapazitäten in den Sekretariaten jedoch nicht. Gerade morgens zu Schulbeginn und nachmittags zu Schulschluss ist die Besetzung des Sekretariats wichtig. Leider kann dies nicht gewährleistet werden. Hier gilt es,

die Situation für die Schulen und die SekretärInnen zu verbessern.

In den letzten Jahren wurden die Gütersloher Schulen deutlich verstärkt mit Technik ausgestattet. Leider ist der Stellenpool bzgl. der IT-Betreuung trotz Ausbau der Infrastruktur nicht angepasst worden. Auch hier ist dringend eine Optimierung notwendig. Bereits 2011 in der Schuloffensive beantragte die SPD-Fraktion die

„Schaffung von zwei weiteren Stellen für die IT-Betreuung der Gütersloher Schulen“.

Dies erscheint uns aus heutiger Sicht – zusätzlich zur Besetzung aller derzeit offenen Stellen in diesem Bereich – das absolute Minimum in diesem Bereich zu sein.

Durch Konsolidierungsmaßnahmen wurde 2009 die Reinigung der Gütersloher Schulen verstärkt an externe Firmen vergeben. Nicht an allen Schulen ist der Standard gehalten worden. Auch die Arbeitsbedingungen sind nach verschiedenen Schilderungen schlechter geworden. So verbleibt i.d.R. zu wenig Zeit für eine intensive und gründliche Reinigung, wie es vor 2009 üblich war. Auch hier gilt es,

die Maßnahmen von 2009 zu evaluieren und Fehlentwicklungen zu identifizieren und entsprechend gegenzusteuern.

In allen diesen Punkten sind bei entsprechendem Bedarf die benötigten Stellen zu schaffen.

(Bürgerdialog: „Toiletten an Schulen besser pflegen und instand halten“; „Überprüfung und ggf. Korrektur der (Fremd-)Reinigung von Schulen (aber vllt. auch anderen Gebäuden)“; „Schulen sauber halten. Keine Kosteneinsparung“; „Keine Sparmaßnahmen auf Rücken der Kinder (saubere Schulen und Kindergärten)“)

3.7. Finanzen im Schulbereich – Investitionen in Schulbauten

Die SPD in Gütersloh betont, dass die Gütersloher Schulgebäude i.d.R. von sehr hoher Qualität sind. Diese muss erhalten bleiben. Ein Schritt dabei sind häufigere „Schönheitskorrekturen“ wie das Streichen von Fluren. Wir bekennen uns dazu, dass nicht ohne sinnvolle mittelfristige Bedarfsplanung neue Gebäude errichtet werden. Jedoch gibt es an einzelnen Schulstandorten offene Problembereiche, die nicht ohne bauliche Maßnahmen gelöst werden können. Es ist weiterhin unser Ziel, die in dem SPD-Antrag „Gütersloher Schuloffensive“ 2011 von uns beantragten Investitionen durchzusetzen. Darin beantragte die SPD:

„Investitionen, die die Lernbedingungen nachhaltig verbessern: Einrichtung von Ganztagsräumen (sowohl für die Ganztagsbetreuung als auch für die Mittagsverpflegung) an (Grund-)Schulen, an denen hoher Bedarf besteht; sukzessiver, bedarfsgerechter Ausbau des besonderen Raumbedarfs an Schulen der Sek. I und Sek. II (Aula, Oberstufenräume, Mensa, Beratungsräume, etc.)“

Auch was die regelmäßige Ausstattung der Schulen betrifft, setzen wir uns für ausreichend hohe Schulbudgets ein. Ebenfalls in der Schuloffensive beantragte die SPD die

„Aufstockung der Schulbudgets auf den Stand von 2009“.

(Bürgerdialog: „mehr Mittel für Bildung bereitstellen und damit Ausstattung von Schulen verbessern“)

Dabei kann geprüft werden, ob über die Diskussion der Errichtung eines Sozialindizes für Schulen auf Kreisebene eine andere Verteilung von Ressourcen an die Schulen möglich ist, um die Mittel gezielt einsetzen zu können. Dabei ist gleichzeitig ein ausreichender Sockelbetrag für alle Schulen zu berücksichtigen.

Wichtig ist uns, dass die für Schülerfahrtkosten zur Verfügung stehenden Mittel auch bei zurückgehenden Schülerzahlen aus anderen Kommunen im bisherigen Umfang im Etat des Fachbereichs Jugend und Bildung erhalten bleiben.

3.8. Bildungsberichterstattung und Ausschussarbeit

Die Entwicklung der Gütersloher Schullandschaft muss deutlich stärker und regelmäßiger als bislang einer Evaluation und einem Monitoring unterzogen werden. Wir streben hierzu die regelmäßige

Erstellung eines Gütersloher Bildungsberichts

an, der im Idealfall in vielen Bereichen mit dem Gütersloher Familienbericht vergleichbar sein soll, um themen-, ausschuss- und fachbereichsübergreifend reagieren zu können. Die Schulentwicklungsplanung soll – trotz aller potentiellen Unabwägbarkeiten – über einen deutlich längerfristigen Zeitraum als zuletzt betrachtet werden.

Dabei sollen Veranstaltungen mit Betroffenen und Bürgerbeteiligung zentrale Bestandteile der inhaltlichen Debatte der Schulentwicklungsplanung sein.

Beispiel: Gütersloher Bildungsgipfel 2011

Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde 2011 der erste Gütersloher Bildungsgipfel durchgeführt. Dort wurden nach einem Input-Referat eines externen Referenten, hier: Dr. Ernst Rösner vom Institut für Schulentwicklungsforschung der TU Dortmund, in einem „Gallery-Walk“ durch eine bunte Mischung von Akteuren an den Gütersloher Bildungsinstitutionen, aber auch von interessierten BürgerInnen, zentrale Themenfelder der Gütersloher Schulpolitik diskutiert. Dies soll – evtl. auch konkreter anhand einzelner Probleme und dadurch in etwas weniger aufwändigem Rahmen – als Instrument der Gütersloher Bildungspolitik etabliert werden.

Um hier, aber auch bei vielen anderen wichtigen Themen, zeit- und arbeitsaufwändige Schritte wie das immer wieder neue Einholen schriftlicher Stellungnahmen zu minimieren, streben wir an,

jeder Schulstufe (Primarstufe, Sekundarstufe I/II, Förderschule) und auch dem Jugendparlament jeweils einen beratenden Sitz im Bildungsausschuss zu gewähren.

Gleiches gilt für einen Vertreter einer Stadtschulpflegschaft, so sie auf Stadtebene organisiert ist. Wir versprechen uns davon einen deutlichen Mehrwert in der inhaltlichen Debatte im Ausschuss.

3.9. Stadtbibliothek, Volkshochschule & Co. – außerschulische Lernorte

Über die Gütersloher Schulen hinaus ist die Gütersloher Bildungslandschaft gut aufgestellt. Dies gilt für die Stadtbibliothek, die Volkshochschule, die Fachhochschule und das Regionale Bildungsbüro.

Stadtbibliothek

Das Angebot der Gütersloher Stadtbibliothek ist hervorragend und sie bildet eine wichtige Säule als außerschulischer Lernort, aber auch als generationenübergreifende Begegnungsstätte in einer lebendigen Kommune. Sie bietet gerade SchülerInnen einen unverzichtbaren Zugang zu Literatur und Bildung. Deshalb ist es wichtig, dieser Institution eine entsprechende finanzielle Ausstattung zu gewährleisten. Die SPD setzt sich daher dafür ein,

die so genannte „erste Konsolidierungsstufe“ im Etat zurückzunehmen,

um die in den Wirtschaftsplänen der letzten Jahre immer wieder beschlossenen Ziele, die aufgrund fehlender finanzieller Mittel nicht erreicht werden können, wieder verfolgen zu können. Dazu gehören die jährliche Erneuerung von ca. 12% des Medienangebots, die konzeptionelle Weiterentwicklung der Angebote für Senioren und Menschen mit Migrationshintergrund sowie eine Erweiterung der Öffnungszeiten. Gleiches gilt für die finanzielle Ausstattung der Schulbibliotheken (→ Kapitel 3.4.). Die Nutzergebühren sollen nicht verändert werden. Das Ziel der energetischen Sanierung des Bibliotheksgebäudes soll verstärkt verfolgt werden, um über Einsparung bei Energiekosten finanzielle Spielräume zu vergrößern.

Volkshochschule

Die Volkshochschule mit ihrer kommunalen Verankerung und ihren langjährigen Kooperationen soll ihre Erfahrungen als Moderatorin und Koordinatorin im gesamten Bildungsbereich einbringen. Sie hat nicht nur einen Auftrag im Spektrum der beruflichen Weiterbildung, sondern soll auch die Grundversorgung mit Angeboten der allgemeinen, politischen und kulturellen Bildung (→ Kapitel 7.6.) sichern. Die Volkshochschule erfreut sich ebenfalls einer hohen Akzeptanz in Gütersloh – und darüber hinaus.

Diese erfolgreiche Arbeit soll fortgesetzt werden, wobei die angestrebte verstärkte Kooperation mit der Stadtbibliothek Chancen und Potentiale bietet.

Über das bisherige Angebot hinaus setzen wir uns dafür ein, der Gesundheits- und Verbraucherbildung einen weiteren Aspekt hinzuzufügen. Hier sollten zusätzlich zu den etablierten Kochkursen auch verstärkt „Ernährungsbasiskurse“ angeboten werden.

Ebenfalls anzustreben ist der

Ausbau des Themenfelds der Politischen Bildung, z.B. in Form einer verstärkten Verknüpfung mit der Kommunalpolitik bzw. kommunalpolitisch aktuellen Themen.

Beispiel: VHS-BürgerDialog

An der Gütersloher Volkshochschule wurde mit großem Erfolg das Projekt „BürgerDialog – Mach den Mund auf!“ durchgeführt. Hierbei wurden in mehreren Veranstaltungen zum Thema Europa Antworten auf die Probleme und Herausforderungen gesucht und diskutiert. Wünschenswert sind hier vergleichbare Projekte auch zu anderen politischen Ebenen, etwa der Kommunalpolitik.

Dabei soll zielgruppenorientiert die Volkshochschule stärker als *die* städtische Bildungsstätte für alle Generationen und soziale Schichten agieren. Wünschenswert wäre zudem ein Gesamtkonzept zur Vernetzung und Verknüpfung von Informationen/Wissenswertem über die Stadt (Besonderheiten, Architektur), der Gedenkkultur in Gütersloh (Stadtgeschichte), interkulturellen Kompetenzen („voneinander lernen“), grüne Stadt/grünes Klassenzimmer (Umweltbildung), Denkmalpflege, Stadtentwicklung etc., so dass die Volkshochschule stärker als zentraler Ansprechpartner auch für die Außenwirkung der Stadt sowie zur Stärkung des städtischen Bewusstseins agieren kann (→ Kapitel 7.6.).

Regionales Bildungsbüro und Fachhochschule

Zur Erreichung der von der SPD benannten Ziele in Schule und Bildung kann und soll noch stärker als bisher die Kooperation mit dem Regionalen Bildungsbüro für den Kreis Gütersloh gesucht werden. Hier bieten sich Anknüpfungspunkte, z.B. bei der Bildungsberichterstattung, beim Ganztagsausbau, bei der kulturellen Bildung, etc.

Die SPD bekennt sich zum Hochschulstandort Gütersloh und begrüßt die Entwicklung an der Fachhochschule. Wir möchten, dass die Unterstützung der Stadt Gütersloh wie bisher fortgesetzt wird und würden uns über mögliche Erweiterungen dieses Standortes freuen. Die Fachhochschule ist ein wichtiger Standortfaktor für die heimische Wirtschaft. Eine stärkere Präsenz in der Stadt wäre wünschenswert.

4. Planung und Stadtentwicklung – Lebenswerte Stadt

Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, sozialer Lage und Lebensorientierung zu gestalten ist Aufgabe sozialdemokratischer Stadtpolitik. Eine soziale Stadt ist eine Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche. Wir als Gütersloher SozialdemokratInnen möchten eine Stadt, in der sich die Menschen wohl fühlen, mit der sie sich gerne identifizieren und in der die Menschen sich umeinander kümmern und füreinander einstehen. Wir wollen eine barrierefreie Stadt mit hoher Lebensqualität für alle BürgerInnen, die sie als ihre Heimat wahrnehmen und die sie mitgestalten wollen.

4.1. Demografischer Wandel und Familienfreundlichkeit

In der Bundesrepublik wird sich die Altersstruktur verändern und die Bevölkerungsanzahl insgesamt abnehmen. Auch wenn Gütersloh eine gute demographische Ausgangsbasis aufweist, werden diese Entwicklungen nicht spurlos an der Stadt vorbei gehen. Auch für Gütersloh ist eine moderate Abnahme der Bevölkerungszahl zu erwarten. In jedem Fall stellt der demografische Wandel auch Gütersloh vor neue Herausforderungen und bietet neue Chancen. Auf diese Entwicklung muss sich die Kommune mit den entsprechenden Weichenstellungen vorbereiten, damit dauerhaft ein soziales und gemeinschaftliches Miteinander Bestand hat. So wird das Durchschnittsalter der Gesamtbevölkerung auch in

Gütersloh deutlich ansteigen. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Stadtentwicklung und die Wohn- und Betreuungsformen, nicht zuletzt auch für die Finanzausstattung, werden gravierend sein.

Eine Möglichkeit diesen Prozess abzumildern besteht darin, Gütersloh möglichst familienfreundlich zu gestalten, um Abwanderung entgegenzutreten und möglichst gute Rahmenbedingungen für die Gründungen von Familien zu schaffen. Dazu gehören die entsprechenden Betreuungsmöglichkeiten (→ Kapitel 2.) und eine Bildungslandschaft, die allen Jugendlichen einen ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechenden Schulabschluss und eine zukunftsorientierte berufliche Ausbildung bietet (→ Kapitel 3.). Zu diesen Rahmenbedingungen gehört aber auch die Wohnsituation von Familien. (→ Kapitel 4.2. und 4.3.)

Der demografische Wandel und das Ziel einer familienfreundlichen Stadt müssen handlungsleitend für die Planungs- und Stadtentwicklungspolitik der Stadt Gütersloh sein.

Damit sowohl die breite Öffentlichkeit als auch die politischen Instanzen gut auf die durch diesen Prozess entstehenden Herausforderungen eingestellt sind, ist die

regelmäßige Erstellung und Veröffentlichung eines Demografieberichts eine zentrale Voraussetzung.

Nur auf der Basis einer exakten Analyse können wir uns als Stadt den demografischen Entwicklungen der Zukunft stellen und einer älter werdenden Bevölkerung auch weiterhin die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Wir sehen hier besonders den Seniorenbeirat als wichtigen Partner für die Feststellung von Bedürfnissen der älteren Generationen.

4.2. Wohnraum und Konversion

Der beschriebene demografische Wandel wird auch mit Hilfe erfolgreicher Politik nicht vollständig aufgehalten werden. Gleichzeitig kommt auf die Stadt Gütersloh mit dem Abzug der britischen Streitkräfte und den daraus resultierenden Umnutzungen der freiwerdenden Flächen (die sogenannte Konversion) eine weitere Herausforderung hinzu, die alle BürgerInnen der Stadt Gütersloh betrifft und die Stadtentwicklung auf Jahre hinaus prägen wird. Neben einem Rückgang der Anzahl der in Gütersloh lebenden Menschen und den dadurch verursachten infrastrukturellen Veränderungen sind Wohnquartiere, Kaufkraft und Arbeitsplätze ganz besonders betroffen. Die damit verbundenen Diskussionen und Entscheidungen haben unmittelbare Auswirkungen auf die Betroffenen und darüber hinaus auch auf die gesamte Bürgerschaft der Stadt Gütersloh. Deshalb fordern wir, dass

im Zuge des angekündigten Rückzugs des britischen Militärs aus der Stadt alle Beteiligten und die Bürgerschaft in die Beratungen einbezogen werden.

Die vom Abzug der Streitkräfte direkt betroffenen BürgerInnen der Stadt Gütersloh sollen im Prozess des Abzuges aktiv von der Stadt unterstützt und begleitet werden. Hier sieht sich die Gütersloher SPD in einer besonderen Verantwortung für die betroffenen Menschen. Die Konversion eröffnet der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt Gütersloh große Chancen z.B. für die Ausweisung neuer Gewerbeflächen (→ Kapitel 4.5.) und die Umnutzung der Flächen zur Erzeugung regenerativer Energie (→ Kapitel 5.1.). Für die stadtnahe Fläche

an der Verler Straße planen wir einen Mix aus Gewerbe, Dienstleistungsbetrieben und wenn möglich Bildungseinrichtungen – z.B. die Ausweitung des Gütersloher Fachhochschulstandortes an dieser Stelle.

Für uns als SozialdemokratInnen ist dabei klar, dass der Abzug der britischen Streitkräfte und die daraus resultierende Situation am Gütersloh Wohnungsmarkt mit Aspekten der Familienfreundlichkeit und des demografischen Wandels verbunden werden kann. Lebensstile, Familienformen, Altersgruppen und die ethnische Zusammensetzung spielen dabei ebenso eine Rolle wie die unterschiedlichen Preissegmente von Wohnungen und Häusern. Schon heute ist erkennbar, dass aufgrund der oben beschriebenen Entwicklungen und der Sozialgesetze vor allem Wohnungen und Appartements im unteren Preissegment angeboten werden müssen. Wir wollen deshalb, dass

die frei werdenden Wohnungen, die sich momentan noch im Bundesbesitz befinden und geeignet sind, kostengünstig angeboten/vermietet werden und besonders junge Familien dabei Vorrang haben sollten.

Hierfür wird es nötig sein, als Stadt einen möglichst großen Einfluss auf die frei werdenden Immobilien zu erlangen. Auch damit die frei werdenden Wohnungen nicht dem spekulativen Markt überlassen und daraus nur hochpreisige Privatwohnungen gemacht werden.

Dazu sehen wir drei Möglichkeiten:

1. den Kauf der Wohnungen durch die Stadt
2. die Übernahme durch geeignete, gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften und
3. der Einflussnahme durch das Planungsrecht

Öffentlich geförderter Wohnraum ist hier eine klare Alternative, welche wir in einem ausreichenden Maße anstreben.

Stadtentwicklung muss die Bedürfnisse aller BürgerInnen berücksichtigen und darf sich nicht zu sehr an den Interessen einzelner Gruppen orientieren. Dabei sollte ein Konsens mit allen Beteiligten gesucht werden. Wohnungen und deren Umfeld müssen künftig sehr viel mehr Qualitätsmerkmale als heute aufweisen, die wachsenden Ansprüchen an Flexibilität und Multifunktionalität genügen können. Die Wohnungen sollten für familien-, kinder- und seniorengerechtes Wohnen und Leben tauglich sein. Bestehende Wohnquartiere müssen entsprechend aufgewertet werden und durch ein generationsübergreifendes Umfeld nachbarschaftliches Leben ermöglichen. Radwege (→ Kapitel 5.4.) und die Anbindung an den ÖPNV (→ Kapitel 4.4.) sind dabei unabdingbar. Die wichtigsten Aufgaben im Bereich der Wohnungsbaupolitik der Stadt Gütersloh in den nächsten Jahren sind aus unserer Sicht

die Qualifizierung des gesamten Wohnungsbaubestandes hinsichtlich Standard, Ausstattung, Barrierefreiheit, Raumgestaltung, Verdichtung und Eigentumsform sowie flexibler Nutzungsmöglichkeit für alle Haushaltstypen.

Bei der Neuausweisung von Baugebieten ist für uns besonders wichtig, dass diese möglichst stadtnah angeordnet werden und die Struktur der bereits vorhandenen Bebauung annehmen. Größere Planungsschritte, die auf Widerstand der anliegenden BewohnerInnen stoßen könnten, möchten wir mit Hilfe von Instrumenten der Bürgerbeteiligung und möglichst großer Transparenz von städtischer Seite begleiten und so für mehr Akzeptanz sorgen. Auch umweltpolitische Überlegungen müssen bei der Ausweisung und Gestaltung von Neubaugebieten eine Rolle spielen. (→ Kapitel 5.3.)

4.3. Attraktiv gestaltetes Stadtbild – auch und gerade in der Innenstadt

Von hoher Bedeutung für die Gütersloher Sozialdemokratie ist die Attraktivität des Stadtbildes. Hierzu setzen wir uns für die Steigerung der Lebensqualität in der Innenstadt durch ein attraktiv gestaltetes Stadtbild, insbesondere durch Grün- und Freiräume ein.

Der Berliner Platz als wichtigster Platz der Gütersloher Innenstadt ist uns ein besonderes Anliegen. (Bürgerdialog: „Der Berliner Platz muss dringend aufgewertet werden.“) Deshalb werden wir die anstehende Neugestaltung aktiv begleiten und setzen uns auch weiterhin

für die Ansiedlung eines Cafés auf dem Berliner Platz und für die Schaffung von anderen Begegnungsstätten mit Bänken, Brunnen, Kinderspielmöglichkeiten (→ Kapitel 2.5.) und Bäumen auf den Plätzen der Stadt ein.

Wir wollen langfristig, dass alle Plätze und Fußgängerpassagen lebensfreundlicher gestaltet werden und so die Aufenthaltsqualität steigern. Die Beispiele erfolgreicher, bisheriger Platzgestaltungen in Gütersloh (z.B. Dreiecksplatz) sollen dabei fortgesetzt werden.

Für den Rathaus-Vorplatz möchten wir in absehbarer Zeit eine bezahlbare Lösung mit einer Grünzone samt Ruhebereich.

Dort angrenzend an den nicht zu bebauenden, neu zu gestaltenden Platz besteht die Möglichkeit von Parkplätzen, um zentrumsnahe Einkäufe auch für weniger mobile Menschen zu ermöglichen. Derarti-

ge Treffpunkte müssen auch in den Ortsteilen gestärkt werden, damit die Menschen Ruhezeiten, Kommunikationsplätze, Bewegungsplätze, Spielplätze und Orte der Begegnung vorfinden. Die Möglichkeit der Mobilisierung von Brachflächen, Altbauten und Leerständen in der Innenstadt wollen wir ausnutzen, um Einzelhandel, Kultur- bzw. Sportstätten anzusiedeln und eine stärkere Mischung von Funktionen wie Wohnen, Arbeiten, Einzelhandel, Erholung und Freizeit erreichen. Dabei muss im Zuge des bereits genannten demografischen Wandels ein besonderes Augenmerk auf altersgerechte, gemischte und vielfältig nutzbarer Infrastruktureinrichtungen und Dienstleistungen gelegt werden.

Dazu gehört die Ansiedlung von attraktiven Einzelhandelsgeschäften, einem Lebensmittelmarkt, gastronomischen Betrieben und Dienstleistern in der Innenstadt, die sich auch und gerade auf die Bedürfnisse der Älteren einstellen.

Beispiele: Wellerdiekgelände, Kolbeplatz und Porta-Ansiedlung

Möglichkeiten der Innenstadtgestaltung bieten die Ansätze auf dem Wellerdiekgelände und der Abschluss der Bebauung auf dem Kolbeplatz (Finke). Dabei eignet sich gerade das Wellerdiekgelände für eine Mischung neuer Wohnformen mit integriertem Kleingewerbe und Einkaufsmöglichkeiten. Auch die Porta-Ansiedlung bringt Vorteile sowohl für Junge und Ältere als auch für Familien, die in der Nähe nun eine Einkaufsmöglichkeit für Möbel und Einrichtungen haben.

Die SPD in Gütersloh spricht sich für benutzerfreundliche Parkmöglichkeiten im Stadtkern aus. (Bürgerdialog: „günstiges Parken im Stadtzentrum, kostenfreies Parken Hohenzollernstr., kostenfreies Parken auf dem Marktplatz“)

Das bedeutet für uns, dass man auch stadtnah kostenfrei parken können muss. Für Straßen im Randbereich der Kern-Innenstadt mit Einzelhandel gilt dies genauso wie für den Marktplatz.

In der Innenstadt dürfen nicht nur Neubauten mit hohen Preisen entstehen. Die gut erhaltene Altbau-substanz muss aufgewertet und stärker für ältere Menschen, Single-Haushalte und Familien nutzbar gemacht werden. Dabei ist es für uns sehr wichtig, Alt und Jung mit Familien zusammenzuführen und verschiedene Generationen in einem gemeinsamen Wohnumfeld siedeln zu lassen.

Die Innenstadt muss für alle Einkommenschichten bewohnbar bleiben.

Dazu gehören entsprechende Neubauwohnungen wie auch die vorsichtige Sanierung von Altbauten, damit ältere Menschen auch im höheren Alter selbstbestimmt in ihrer bekannten Umgebung wohnen bleiben können. Zu prüfen sind hier kommunale Förderprogramme. Eigentümer von größerem Wohneigentum könnten dann, wenn sie älter werden und die Kinder aus dem Haus sind, entsprechende Beratungs- und Fördermöglichkeiten bekommen, um gegebenenfalls ihr Eigentum in andere altengerechte oder Generationen übergreifende Wohnformen umzuwandeln. (→ Kapitel 6.3.)

4.4. Stadtteile verbindende Verkehre – ein guter ÖPNV für Gütersloh

Mobilität ist ein wichtiges Element der Lebensqualität und eröffnet mehr Möglichkeiten, sich frei bewegen zu können. Gleichzeitig beeinträchtigen die Auswirkungen des Verkehrs die Menschen und die Umwelt. Kommunale sozialdemokratische Verkehrspolitik dient dem Ziel, allen Menschen mehr Mobilität zu ermöglichen, ohne Umwelt und Lebensqualität in den Städten zu ruinieren. Sie ist Teil der Stadtentwicklungs-, aber auch der Klimaschutzpolitik (→ Kapitel 5.4.) auf lokaler Ebene. Angesichts der Folgen des motorisierten Verkehrs ist Verkehrsvermeidung ein verkehrspolitisches Ziel. Kommunale Stadtentwicklungsplanung sollte deshalb kurze Wege ermöglichen.

Schwerpunkte kommunaler sozialdemokratischer Verkehrspolitik sind Konzepte der Verkehrsvernetzung und des Verkehrsmanagements. Kein Verkehrsträger kann die vorhersehbaren Steigerungen des Verkehrsaufkommens allein bewältigen. Mobilität lässt sich nur durch enges Zusammenspiel unterschiedlicher Verkehrsträger sichern. Der Fahrradverkehr (→ Kapitel 5.4.) soll sich zu einer wichtigen Alternative zum PKW-Individualverkehr entwickeln. Dabei ist jedoch auch zu berücksichtigen, dass

gerade Familien mit kleinen Kindern und viele ältere Menschen sich nicht allein auf das Radfahren verlassen können.

Die SPD in Gütersloh setzt sich für die zeitnahe Umsetzung eines neuen Stadtbuskonzeptes ein. Auch die im Klimaschutzkonzept der Stadt angesprochene Aufnahme der Energieeffizienz in die Kriterien der Busbeschaffung gilt es zu verfolgen.

Der ÖPNV muss als eine echte Alternative zur Benutzung des Autos wahrgenommen werden und nicht auf dem Weg zur Arbeit oder zur Schule die gängigen Vorurteile (u.a. „immer zu spät“, „ständig überfüllt“, „doppelte Fahrzeit im Vergleich zum Auto“) für „Umsteiger“ in kürzester Zeit bestätigen. Ein gut funktionierender Nahverkehr durch Linienbusse sollte alle Stadtteile mit der Innenstadt verbinden und für alle Bevölkerungsgruppen bezahlbare Preise haben. Niemand darf aus finanziellen Gründen durch fehlende Mobilität von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen wird. Wir setzen uns deshalb für

einen kostengünstigen und gut organisierten öffentlichen Nahverkehr in der Stadt Gütersloh ein.

(Bürgerdialog: Wir möchten die Einbeziehung der BürgerInnen bei der Planung und Umsetzung gewährleisten – diese berichteten uns im Bürgerdialog vielfach von Problemen.)

Eine zweite Säule im ÖPNV soll neben dem Buskonzept die Reaktivierung der TWE-Strecke für den Personenverkehr darstellen. Dies darf jedoch nicht auf Kosten des Busverkehrs geschehen, was nach aktuellem Sachstand auch nicht der Fall ist.

Im Mittelpunkt der Reaktivierung steht eine Entlastung der Straßen für die Ein- und Auspendler aus Verl und Harsewinkel von und nach Gütersloh. Gerade die innerstädtischen Individualverkehre könnten entlastet werden, wenn nämlich weniger PKW die Straßen belasten und weniger Parkraum für den stehenden Verkehr gebraucht würde. Auch und gerade Gütersloh würde davon profitieren, wenn der Schienengüterverkehr von und nach Harsewinkel erhalten bliebe und die Schwerverkehre zur A2, A33, A30 und A44 nicht Güterslohs innerstädtische Straßen belasten würden.

Eine weitere wichtige Alternative zum Autoverkehr ist der Fahrradverkehr. Auch hier gilt es, die Stadtteile stärker miteinander zu verbinden (→ Kapitel 5.4.).

4.5. Gewerbegebiete und Wirtschaft

Die Ausweisung von genügend Gewerbeflächen ist für einen erfolgreicherer Wirtschaftsstandort Gütersloh von essenzieller Bedeutung. Diese Flächen geben expandierenden und neuen Firmen die Möglichkeit sich am Standort Gütersloh zu entwickeln und so Arbeitsplätze und Gewerbesteuererinnahmen für die Stadt zu sichern. Die Gütersloher Sozialdemokratie setzt sich

für einen verträglichen Mix aus Industrie- und Gewerbeflächen neben dem Biotop auf dem Flughafengelände ein.

Dabei gilt es den Schutz des dortigen Biotops zu berücksichtigen. Entlang der Marienfelder Straße stehen jedoch im Bereich der bisher bebauten Flächen ausreichend Möglichkeiten zur Verfügung. Wir sind dabei offen für weitere Entwicklungen an dieser Stelle in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen. Sollten die dort möglichen Flächen den Bedarf der Gütersloher Wirtschaft nicht decken können, sind wir für eine zügige weitere Ausweitung der Gewerbeflächen an anderen Standpunkten. Weitere Verzögerungen dürfen nicht mehr dazu führen, dass Firmen aus Gütersloh abwandern. Trotzdem sollte immer versucht werden, durch die Nutzung bestehender Brachflächen und intelligentes Flächenmanagement möglichst viele Neuausweisungen von Flächen zu vermeiden.

Für die örtliche Wirtschaft sind auch kommunale Unternehmen (→ Kapitel 8.5.) von besonderer Bedeutung. Sie sind große Arbeitgeber und stellen gute Ausbildungsplätze für viele junge Menschen zur Verfügung. Die Schaffung und Sicherung von guten Arbeitsplätzen und die Entwicklung von beruflichen Perspektiven für junge Menschen bleiben für uns als SozialdemokratInnen herausragende politische Aufgaben.

Eine starke Kommunalwirtschaft ist weniger Konkurrent als vielmehr Partner der Unternehmen vor Ort. Örtlich vorhandene Kompetenzen sind wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche kommunale

le Wirtschaftspolitik. Gemeinsam und im Dialog mit Industrie, Mittelstand, Handwerk und Gewerkschaften müssen vor Ort gute Bedingungen für Unternehmen und Arbeitsplätze geschaffen werden. Wirtschaftsförderung beschränkt sich aber nicht nur auf den Dialog – sie ist für uns eng verbunden mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (→ Kapitel 2.), einer guten Aus- und Schulbildung (→ Kapitel 3). Sozialdemokratische Wirtschaftsförderung setzt dabei vor allem auf kleine und mittlere Unternehmen und Existenzgründungen.

5. Umwelt- und Klimaschutz

Der Klimaschutz ist für die Menschheit eine außerordentlich große Herausforderung. Es ist überfällig, endlich zu erkennen, dass Klimaschutz und Umweltschutz nicht nur die Lebensgrundlage für Kinder und Enkelkinder bewahren, sondern der zentrale Schlüssel für neue Technologien und neue Arbeitsplätze in einer globalisierten Weltwirtschaft sind.

Für die SPD Gütersloh ist die Klima- und Umweltpolitik von besonderer Bedeutung, gerade weil es bereits seit den 70er Jahren dem sozialdemokratischem Verständnis entspricht, dass die Gemeinschaft und die Politik sich für bessere Umweltbedingungen zu verantworten haben.

Zur Verwirklichung unserer ökologischen Ziele möchten wir zum energieeffizienteren Haushalten motivieren und Anreize für die kommunale Versorgung durch regenerative Energieträger schaffen. Mit einer unabhängigen und verbesserten Beratung durch die Verwaltung soll den Menschen in Gütersloh ein verlässlicher und unabhängiger Partner zur Seite stehen, der bei der Umrüstung von Haushalten Hilfestellung geben kann.

Viele Ziele, Ansätze und Maßnahmen sind im Gütersloher Klimaschutzkonzept beschlossen worden, zu dem wir uns ausdrücklich bekennen und das wir kleinschrittig umsetzen möchten.

5.1. Energiewende vor Ort umsetzen – nachhaltig und dezentral

Die Entwicklung im Energiesektor führt zunehmend weg von großen, zentralen Erzeugungssystemen hin zu dezentralen, intelligenten, kleineren Anlagen. Dabei werden regionale Ressourcen wie Sonne, Wind, Biogas und Kraft-Wärme-gekoppelte Anlagen einen deutlich höheren Stellenwert für die Versorgung der heimischen Industrie, des Handels und der Bevölkerung einnehmen. Vor diesem Hintergrund werden die Stadtwerke zunehmend eine größere Bedeutung erlangen. Wir erwarten von den Stadtwerken Gütersloh, dass sie im Verbund mit Nachbarkommunen und insbesondere mit benachbarten Stadt- und Gemeindewerken die Ergebnisse ihrer Bedarfs- und Potenzialanalyse unter breiter Beteiligung der Bürgerschaft diskutieren und entsprechende Lösungsvorschläge unterbreiten.

Möglichkeiten gibt es hier neben der Nutzung der bestehenden Energiegenossenschaft auch über Klimaschutzfonds für z.B. Solaranlagen oder z.B. in Form von Bürgerwindparks.

(Bürgerdialog: „Klimaschutzfonds für z.B. Solaranlagen“)

In diesem Zusammenhang gilt es auch, die Chancen auf dem Flughafengelände und im Umfeld des Flughafengeländes in Gütersloh auszuloten für die Zeit, in der der Flughafenstatus nicht mehr beansprucht werden wird. Dabei sind die wichtigen Belange des Naturschutzes zu berücksichtigen. Die prinzipielle Ausweisung von weiteren Vorranggebieten für Windkraft soll möglichst zeitnah durchgeführt werden.

Die SPD Gütersloh hat sich seit mehr als 35 Jahren gegen die Nutzung der Atomkraft ausgesprochen, die Notwendigkeit der regenerativen Energien sowie Maßnahmen zur Kraft-Wärmekopplung und zu Energieeinsparungen beschrieben und sich im Rat der Stadt dafür eingesetzt. Schließlich wollen wir auf der kommunalen Ebene die Treibhausgase reduzieren und Energie aus fossilen Rohstoffen einsparen. Diesen Weg werden wir zukünftig verstärkt fortsetzen.

Unsere Stadtwerke sollen vollständig auf Atomstrom verzichten und durch ihre eigene Produktion regenerative Energien fördern, ihren Bezug von Ökostrom steigern und die Energieberatung ausbauen.

Dabei sollen die im Klimaschutzkonzept der Stadt Gütersloh beschlossenen Ziele als Mindestziele verfolgt werden: So soll bis 2030 eine Minderung der CO₂-Emissionen um 30 Prozent erreicht werden. Dafür ist die Energieerzeugung durch regenerative Energien eine wichtige Säule.

5.2. Energieeffizienz – nicht verbrauchte Energie muss nicht erzeugt werden

Die energetische Sanierung von Gebäuden muss auch aus kommunaler Sicht noch stärker gefördert werden. Dies ist nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes notwendig, sondern auch angesichts rasant steigender Energiepreise. Hohe Energiepreise belasten gerade Haushalte mit geringem Einkommen, da dort die Aufwendungen für die Nebenkosten überproportionale Aufwendungen für das Haushaltseinkommen zur Folge haben. Durch energieeffiziente Renovierung von öffentlichem Wohnraum würden insbesondere Menschen mit geringem Einkommen profitieren.

Der Energiebedarf von Gebäuden kann durch neue Fenster, Wärmedämmung und effizientere Heizungsanlagen erheblich vermindert werden. Energieeinsparinvestitionen sind deshalb ausdrücklich zu fördern, um den Klimaschutz voranzubringen und um Arbeitsplätze gerade im mittelständischen Handwerk vor Ort zu schaffen und zu sichern. Hierzu gehört dauerhaft

eine umfassende und kompetente Beratung der Haus- und Gebäudeeigentümer und der Mieter,

für die erkennbar sein muss, dass sich Einsparinvestitionen rentieren. Dies gilt gleichermaßen für die Gebäude der öffentlichen Hand und der kommunalen Unternehmen.

Deshalb fordern wir die Fortführung der Förderung der Altbausanierung durch die Stadt und den Ausbau der Beratung.

Zur Steigerung der Energieeffizienz halten wir insbesondere den Bau von Blockheizkraftwerken für unerlässlich.

Beispiel: Blockheizkraftwerk Holzstraße

Seit 2012 versorgt ein Fernwärmenetz zwölf Mehrfamilienhäuser im Wohngebiet Holzstraße. Durch Kraft-Wärme-Kopplung wird gleichzeitig elektrische Energie und für die Wohnungen nutzbare Fernwärme gewonnen. Das Blockheizkraftwerk auf Erdgasbasis hat hier einen Nutzungsgrad von 90 Prozent und der Verlust der Primärenergie wird um 40 Prozent gesenkt. Gleichzeitig entspricht dies einer CO₂-Einsparung im Vergleich zu konventioneller Energieerzeugung von etwa 30 Prozent.

5.3. Intelligente Systeme und Strategien – Kommunale Vorbildfunktion

Auch Stadtplanung und Stadtentwicklung werden sich stärker als bisher den Erfordernissen des Klimaschutzes stellen müssen. Dabei gilt es, vermeidbare Wege auch tatsächlich zu meiden. Dies bedeutet, dass bei einem entsprechenden Quartiers- und Stadtteilmanagement darauf zu achten ist, dass benötigte Angebote auch weitgehend vorzuhalten sind. So können unnötige weite Wege zum Einkaufen, zur medizinischen Versorgung oder auch zu benötigten Dienstleitungen vermieden werden.

Die Stadt Gütersloh hat auch beim eigenen Wohnungsbestand eine Vorbildfunktion. Hier gilt es, soziale und ökologische Aspekte zu vereinen (→ Kapitel 4.2 und 6.3.) und auch energetische Sanierungen im städtischen Gebäudebestand in Form von Win-Win-Win-Win-Situationen vorzunehmen.

Beispiel: Win-Win-Win-Win-Situation

Die Stadt Gütersloh saniert schrittweise den ihr gehörenden Wohnungsbestand und bringt die Wohnungen damit auf den energetisch aktuellen Standard. Diese städtischen Investitionen kommen vor allem den heimischen Handwerksbetrieben zu Gute. Dabei ist darauf zu achten, dass eine sich eventuell daraus ergebende Mietpreiserhöhung **maximal** die durch die Sanierung hervorgebrachten Einsparungen bei den Nebenkosten nicht übersteigt. Somit kommt es zu **keiner Mehrbelastung** für die MieterInnen – bei gleichzeitiger Win-Win-Win-Win-Situation: Das heimische Handwerk wird gestärkt – die Gesamt-Mietkosten für die MieterInnen bleiben konstant – die städtischen Immobilien werden

aufgewertet – und die Umwelt gewinnt durch die Einsparung von Energie.

Ein Effekt durch die Veränderung der Bevölkerung in Folge des demografischen Wandel wird die Zunahme von Ein- bis Zwei-Personenhaushalten und damit einhergehend ein höherer spezifischer Wohnflächenverbrauch pro Kopf sein. Der hohe Verbrauch an Flächen und das stetige Wachsen versiegelter Fläche sind mittel- und langfristig aber aus unserer Sicht keine Optionen, deshalb sollten

bei jeder Ausweisung von neuen Wohngebieten geprüft werden, ob durch eine Verdichtung der vorhandenen Wohnstrukturen die Kosten der dafür notwendigen Infrastrukturmaßnahmen eingespart werden können und der Flächen- und Ressourcenverbrauch minimiert werden kann.

Ebenfalls aus umweltpolitischen Gesichtspunkte der Stadtentwicklung ist

bei neu aufzustellenden Bebauungsplänen und geeigneten Einzelprojekten immer zu prüfen ob eine Nah- oder Fernwärmeversorgung unter ökologischen Aspekten auch finanziell dargestellt werden kann.

(Bürgerdialog: „Neubaugebiete stärker an Umweltgesichtspunkten ausrichten“)

Beispiel: Klimaschutzsiedlung in Pavenstädt

In der Klimaschutzsiedlung in Pavenstädt werden ca. 20 Einfamilienhäuser entstehen. Es sind dabei energetische Vorgaben an die Gebäude (3-Liter-Haus oder Passivhaus) und an die gesamte Siedlung (u.a. maximal 20% Einstrahlungsverluste) gestellt worden. Zudem werden u.a. eine gute Verkehrsanbindung zum ÖPNV, im Bereich der Versorgung eine gute Anbindung an Infrastruktureinrichtungen, flächensparendes Bauen sowie ein niedriger Verkehrsflächenanteil bei den Planungen erfüllt.

Auch im Bereich der Mobilität können die Stadt und insbesondere die Stadtwerke vorangehen, indem sie

bei Neuanschaffungen ihrer PKW prüfen, ob diese teilweise als Elektroautos betrieben werden können.

Hierbei ist insbesondere an die Fahrzeuge zu denken, die vornehmlich kurze Wege im Stadtbereich und täglich eher geringe Strecken zurücklegen. Im Hinblick auf die Nachhaltigkeit ist darauf zu achten,

dass der für das Aufladen der Fahrzeugbatterie benötigte Strom aus regenerativen Energiequellen stammt und möglichst zu Zeiten niedriger Netzauslastung entnommen wird.

Wir unterstützen BürgerInnen bei ihren eigenen Anstrengungen und wollen in Gütersloh überall aktive Beiträge dazu leisten, wo die Stadt unmittelbar Entscheidungsträger ist. Deswegen wollen wir für vorbildliches Verhalten aller städtischen Einrichtungen und Institutionen sorgen. Als Musterbeispiel ist hier die Vergabe des Baus der Kita in Pavenstädt an einen Träger und einen Investor, die die Kita in Passivhaus-Bauweise gebaut haben, zu nennen. Zudem wird die Straßenbeleuchtung schrittweise auf ökologisch und ökonomisch sinnvolle LED-Bestückung umgestellt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die benötigte Beleuchtung auch sichergestellt wird. Dies kann zu einer Ausweitung der bisherigen Straßenbeleuchtung („mehr“ und „länger“) führen. (→ Kapitel 8.3.) (Bürgerdialog: „Straßenbeleuchtung verbessern“)

Der Einsatz effizienter Technik im Rahmen des gesamten Gebäudemanagements und von technischem Gerät und energiesparenden Fahrzeugen im Rahmen des kommunalen Beschaffungswesens sind unverzichtbare Investitionsfelder kommunaler Energie- und Klimapolitik.

Die Gütersloher Bodenvorratspolitik setzt auf modernes Flächenmanagement, das durch An- und Verkauf, Flächenrecycling und Neuerschließung gewerblicher Flächen ein möglichst vielfältiges Angebot

für alle Formen der Nachfrage bereithält und ungerechtfertigten Flächenverbrauch stoppt. Die Zersiedelung immer weiterer Gebiete muss vermieden und Freiflächen für Umwelt und Erholung sollen nicht durch überflüssige Straßenbauprojekte zerstört werden.

5.4. Verkehr und Mobilität – Fahrradverkehr und andere ökologische Alternativen

Die „Stadt der kurzen Wege“ ist als Leitbild schon länger eine Forderung der SPD in Gütersloh. Gerade bei der zu erwartenden Alterung unserer Gesellschaft müssen wir die sinnvolle Anordnung der neuen Baugebiete in Stadtnähe fordern. Ältere brauchen, genau wie junge Menschen, ihre sozialen Beziehungen, sind allerdings nicht mehr so mobil. Deshalb sollten bei Umzug in eine altersgerechte Wohnung oder in eine Alteinrichtung entweder das bisherige gewohnte Wohnumfeld weiterhin erreichbar bleiben oder die verkehrlichen Möglichkeiten barrierefreie Mobilitätschancen gewährleisten. Neben der Verbesserung des Stadtbuskonzeptes (→ Kapitel 4.4.) gilt hier:

Die Radwegenetze müssen noch weiter ausgebaut werden, damit die Innenstadt aus allen Teilen Güterslohs mit dem Rad erreicht werden kann.

(Bürgerdialog: „Radweg zwischen Blankenhagen und Gütersloh ausbessern“ und „Radwege in GT und Blankenhagen in schlechtem Zustand“)

Wir wollen eine fahrradfreundliche Stadt und setzen uns für die Gleichberechtigung aller VerkehrsteilnehmerInnen im öffentlichen Raum ein. Umweltfreundliche Mobilität entspricht auch einem solidarischen und gemeinschaftlichen Gesellschaftsmodell. Moderne Dienstleistungen wie Bring-Services oder Ähnliches vermeiden nicht nur Autoverkehr, sondern sie ermöglichen auch Teilhabe für diejenigen, die selbst nicht oder nicht mehr mobil sein können.

Gleichzeitig sind Maßnahmen zur Verkehrsverlagerung durch den weiteren Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs im Verbund, die Sicherung der Mobilität der FußgängerInnen und FahrradfahrerInnen und die Verlagerung von Güterverkehren auf umweltfreundliche Transportmittel notwendig.

Die Verbesserung der Verkehrssicherheit ist ein wichtiges Anliegen einer sozialen Verkehrspolitik. Gerade hier gilt es, sehr sensibel mit den subjektiv verschiedenen Sicherheitsbedürfnissen aller VerkehrsteilnehmerInnen umzugehen. So gibt es sehr unterschiedliche Positionen bei FahrradfahrerInnen über z.B. Radwegenutzung, aber auch über die Folgen der genannten Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer. Hier sind alle Bedürfnisse gleichermaßen zu berücksichtigen, so dass das Fahrrad als Verkehrsmittel für alle BürgerInnen ein möglichst attraktives Verkehrsmittel ist und bleibt.

Neben den bereits beschriebenen Forderungen für den Bus- und TWE-Verkehr (→ Kapitel 4.4.) unterstützt die SPD in Gütersloh unter Umwelt- und Klimaschutzgesichtspunkten auch weitere Forderungen aus dem Klimaschutzkonzept der Stadt: Hervorzuheben sind dabei der

Aufbau eines Angebots für Car-Sharing-Angebote, Aktionen mit Multiplikatoren zur Bildung von Fahrgemeinschaften, aber auch ein verstärktes Marketing für verbrauchsarme PKW

(wobei die Stadt Gütersloh und die Stadtwerke als Vorbild vorangehen sollen. → Kapitel 5.3.).

5.5. Schutz von Artenvielfalt und Natur

Der Schutz von Natur und Landschaft muss wieder eine verstärkte Rolle spielen, denn er dient auch dem Tierschutz und bietet Raum für Artenvielfalt.

Dazu muss der dramatische Flächenverbrauch gestoppt werden, Biotopverbünde sind auszubauen, Lücken in Grüngürteln zu schließen, Fluss- und Bachläufe (z.B. Dalke) zu renaturieren.

Ein wichtiger Baustein ist die Sanierung und Nutzbarmachung von Altlasten- und Brachflächen, um eine unnötige Inanspruchnahme von Freiflächen und grünen Wiesen zu vermeiden. Altlastensanierung und Brachflächen-Recycling sind aktiver Naturschutz, der weiter verstärkt werden muss. Den Bestand von heimischen Bäumen gilt es zu schützen. Vor allem durch die dringende Einhaltung der weiterhin geltenden Baumschutzsatzung. (Bürgerdialog: „Schutz und Pflege alter Bäume“, „es sollen nicht mehr so viele Bäume gefällt werden“, „mehr Bäume schützen“, „Baumschutzsatzung mehr beachten“)

Um einen nachhaltigen Schutz der Umwelt zu verwirklichen, gilt es auch, über den direkten Naturschutz hinaus präventive Maßnahmen zu ergreifen. Dazu zählt z.B. die Entwicklung von Konzepten, den Plastiktütenverbrauch in Gütersloh zu minimieren, um unnötigen Müll und z.T. einhergehende Umweltverschmutzung zu vermeiden. (Bürgerdialog: „Schaffung eines Pilotprojekts Plastiktüten-freie Stadt Gütersloh“).

5.6. Kommunale Ver- und Entsorgungspolitik

Sozialdemokratische Umweltpolitik konzentriert sich darauf, vorzubeugen und nicht nur zu reparieren. Es bedarf einer vernetzten Umweltpolitik, die die Umweltmedien Wasser, Boden und Luft gleichzeitig im Blick hat und als ressortübergreifende Aufgabe verstanden wird.

Die Wasserversorgung, die Abfallentsorgung und die Abwasserreinigung müssen in kommunaler Hand bleiben.

weil die Kommunen seit Jahrzehnten ein verlässlicher Partner für eine umweltgerechte Ver- und Entsorgung sind. Sie garantieren eine ortsnahe Grundversorgung auf der Grundlage des kommunalabgabenrechtlichen Kostendeckungsprinzips ohne Gewinnstreben. Dies bedeutet gleichzeitig eine vertragliche Kosten- und Gebührenentwicklung für die BürgerInnen im Rahmen der gesetzlichen Regelungen. Die enge Verknüpfung der Abwasserentsorgung mit der kommunalen Bau- und Entwicklungsplanung erfordert eine öffentliche Struktur auch aus Gründen des kommunal zu gewährleistenden Hochwasserschutzes. Eine Dichtheitsprüfung privater Abwasserkanäle ist nur in ganz wenigen Ausnahmefällen, z.B. in Wasserschutzgebieten, erforderlich.

5.7. Nachhaltige Ernährung und Erholungsräume – Grünflächen in Gütersloh

Zur Verstärkung des Gedankens der nachhaltigen, gesunden, saisonalen und regionalen Ernährung sind heimische Gemüse sehr wichtig. Hier gilt es zu prüfen, inwiefern über verschiedene Modelle wie „Mietergärten“, die kleinteilige Verpachtung von Acker- und Grabeland an Privatpersonen, aber auch die bedarfsgerechte Einrichtung von Kleingartenanlagen Schritte unternommen werden können, ökologisch wertvolle Gartenanlagen zu etablieren, die sowohl als Gemüsegärten zur nachhaltigen Ernährung als auch als Erholungsräume genutzt werden können.

Beispiel: Gartenbörse

Durch den demografischen Wandel bedingt, sind verstärkt ältere Menschen leider nicht mehr in der Lage, ihre z.T. recht großen Gärten bzw. ihre (ehemaligen) Gemüsegärten selbst zu bewirtschaften. Hier ist zu prüfen, ob über eine Gartenbörse der Generationen übergreifende Dialog forciert werden kann, indem diese Gärten durch Familien oder jüngere Menschen gepflegt und bewirtschaftet werden, die möglicherweise keinen eigenen Garten haben (können), aber gerne einen hätten.

Gleichzeitig gilt es dabei, einen attraktiven Grünflächen-Mix zu erhalten: Dieser beinhaltet Naturentwicklung, Naherholung, der Hervorhebung von Grünanlagen und Parks wie dem Stadtpark oder dem Mohns Park, dem Botanischen Garten, das so genannte „Urban Gardening“ (kleinräumige, gärtnerische Nutzung städtischer Flächen), aber auch den Erhalt von Straßenbegleitgrün.

5.8. Luftreinhaltung und Lärminderung

Luftreinhaltung ist Gesundheitsschutz. Daher müssen die Belastungen etwa durch Feinstaub und Stickoxide in dem von der Europäischen Union vorgegebenen Rechtsrahmen vermindert werden. Umweltzonen sind hierfür eine wirksame Maßnahme. Neben den Umweltzonen dient auch eine vorsorgende Bauplanung der Verbesserung der Luftqualität, indem beispielsweise die Frischluftschneisen für die Innenstadt nicht zugebaut werden. Auch eine verbesserte Abgasreinigung bei Hausbrandanlagen trägt zur Verbesserung der Luftqualität bei.

Lärm kann Menschen krank machen. Lärmaktionspläne sind ein Instrument, um Lärmbelastungen für die betroffenen BürgerInnen zu senken.

Der Bau von Lärmschutzwänden, der Einbau von Lärmschutzfenstern, die Verwendung geräuscharmer Fahrbahnbeläge sind Beispiele, die verstärkt umgesetzt werden müssen.

Bund und Land sind aufgefordert, Lärminderungsmaßnahmen finanziell zu fördern. Pläne zur Lärminderung allein lösen das Problem nicht.

6. Soziale Stadt

6.1. Kommunale Daseinsvorsorge

Die Kommunen haben die Aufgabe, für BürgerInnen effizient und kostengünstig ein flächendeckendes Angebot notwendiger Dienstleistungen und Güter hoher Qualität zu gewährleisten. SozialdemokratInnen haben einen umfassenden Begriff von kommunaler Daseinsvorsorge, der sich nicht nur auf die materielle Grundversorgung bezieht, sondern die sozialen und kulturellen Aufgaben der Stadt umfasst. Die Organisation von Straßenbau und Straßenreinigung, Bauleitplanung, Sozialhilfe, Jugendhilfe, Kinderbetreuung, Schulträgerschaft, Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Sicherheit gehört zu öffentlicher Daseinsvorsorge.

Die Leistungen der kommunalen Grundversorgung müssen bezahlbar bleiben. Dazu gehört für uns ausdrücklich auch die Zurverfügungstellung von bezahlbarem Wohnraum (→ Kapitel 4.2. und 6.3.), sei es in städtischen Immobilien oder auf anderem Wege. Zur Sicherstellung der kommunalen Grundversorgung muss daher die öffentliche Eigentümerstruktur gestärkt werden. Nur so kann der Einfluss auf Kernbereiche der Daseinsvorsorge sichergestellt werden. Dies wird besonders deutlich bei der Versorgung mit Energie und Wasser, bei der Entsorgung von Abfall und Abwasser (→ Kapitel 5.6.), im öffentlichen Personennahverkehr (→ Kapitel 4.4.) und im Gesundheitsbereich (→ Kapitel 6.11.).

6.2. Bedeutung von Familien in der kommunalen Gemeinschaft

Das Netzwerk Familie ist in seinen verschiedensten Formen ein wichtiger Teil der Gesellschaft, den es zu schützen und zu unterstützen gilt. Viele gesellschaftliche Strukturen benachteiligen jedoch auch heute noch Familien mit Kindern. Die Pflege, Erziehung und Versorgung der Kinder ist eine unabdingbare Aufgabe funktionierender Familien und wird zum Beispiel durch fehlende Betreuungsplätze (→ Kapitel 2.1.) noch erschwert. Auch die Pflege von Angehörigen fällt in den Bereich der familiären Aufgaben, bei der es an staatlicher Unterstützung mangelt.

Um familienpolitische Entscheidungen in Gütersloh immer wieder evaluieren und ändern zu können, sollen diese zukünftig zentral koordiniert werden. Daher fordern wir

eine Umbenennung des Sozialausschusses in den „Ausschuss für Familie, Senioren und Soziales“, dessen inhaltliche Ausrichtung sich ebenfalls entsprechend anpassen muss.

Im künftigen Ausschuss für Familie, Senioren und Soziales werden wir uns für die weitere Umsetzung der bereits beschlossenen Maßnahmen aus der Zertifizierung zur familiengerechten Kommune („Audit familiengerechte Kommune“) einsetzen und diese Maßnahmen bei Bedarf weiterentwickeln.

Wir werden uns außerdem für die baldige Fortschreibung des Familienberichtes einsetzen und prüfen, welche weiteren Handlungsnotwendigkeiten sich hieraus ergeben. Dabei steht für uns die Kinder- wie auch die weiter zunehmende Altersarmut besonders im Vordergrund. Der Familienbericht soll dann zukünftig auch in kürzeren Zeitabständen, möglichst alle zwei Jahre, regelmäßig aktualisiert werden.

6.3. Wohn- und Betreuungsformen

Neue Wohnformen, wie z.B. Altenwohngemeinschaften, betreutes Wohnen, Mehrgenerationenwohnen sowie generationenübergreifende Wohnanlagen sollten sowohl beim Wohnungsneubau als auch beim Bestandsumbau Berücksichtigung finden. Man darf die Planung neuer Baugebiete nicht allein den Investoren und Eigentümern überlassen, die die Grundstücksteilung und Bebauung mehr in Hinblick auf Ertragsoptimierung planen lassen. Neue Baugebiete sollen für alle Bevölkerungsgruppen offen sein; deshalb müssen neben dem üblichen Einfamilienhaus auch Mehrfamilienhäuser, Häuser für Al-

tenwohngemeinschaften und betreutes Wohnen vorgesehen und Raum für Individualität und Kreativität geschaffen werden. Außerdem müssen

alle öffentlichen Gebäude und möglichst viele Wohnungen unter dem Gesichtspunkt der Inklusion barrierefrei geplant und gebaut werden.

Wohnungsnaher Erholungs-, Grün- und Gartenflächen sind unabdingbar, ebenso wie Kinderspielplätze. Deshalb wollen wir

auf die Planung von Neubaugebieten aktiv Einfluss im Sinne des Mehrgenerationen-Wohnens nehmen.

Dies gilt für auch für das innenstädtische Wohnen (→ Kapitel 4.3.).

Beispiel: Mehrgenerationenhäuser

Für das Zusammenleben mehrerer Generationen (→ Kapitel 6.7.) ist zu prüfen, ob die Einrichtung von Gemeinschaftsräumen mithelfen kann, eine angenehme Wohnatmosphäre zwischen den Generationen zu schaffen. So kann möglicherweise zugleich verhindert werden, dass ältere Menschen nach dem Auszug der Kinder nicht länger über große Wohnflächen bewirtschaften müssen.

Das Angebot kleinerer Gärten könnte ältere Menschen dazu bewegen, einerseits ihre Häuser mit für sie zu großen Gartenanlagen frei zu machen (→ Kapitel 5.7.). Andererseits würde ihnen damit die Möglichkeit geboten, auch im Alter in ihrem angestammten Wohnumfeld in altengerechten Wohnungen leben zu können. Zudem könnte damit für nicht pflegebedürftige Ältere ein zu frühes Umsiedeln in Seniorenzentren und Altenheime vermieden werden.

6.4. Stadtteilentwicklung

Stadtteilentwicklung begreifen wir als kommunalpolitische Querschnittsaufgabe, sie muss mit den unterschiedlichen Akteuren vor Ort vernetzt werden (Verbände, Vereine, Interessengemeinschaften etc.). Wir wollen, dass Armutsbekämpfung ein integraler Bestandteil kommunaler Sozialpolitik ist. Eine gelungene „Stadtteilentwicklung“ führt dazu, dass alle Generationen gleichermaßen am Leben teilnehmen können. Persönliche Fähigkeiten können so eingebracht werden, dass sie durch gegenseitige Hilfestellung zum Tragen kommen.

Wir werden das Quartiersmanagement, wie es in Avenwedde bereits besteht, weiter ausbauen.

Gegenseitige Einkaufs- oder kleinere Reparaturhilfen sind ebenso hilfreich wie Betreuungsmöglichkeiten für Jung und Alt. Diese Form des Zusammenlebens trägt auch dazu bei, dass mögliche Generationenkonflikte zukünftig in Grenzen gehalten werden.

6.5. Sozialpolitik

Sozialpolitik verstehen wir nicht nur als Hilfe für Menschen in besonderen materiellen Notlagen. Für uns beginnt der vorsorgende Sozialstaat in den Kommunen, setzt an den Ursachen der Bedürftigkeit an und zielt darauf ab, Leistungsempfänger von den empfangenen Leistungen unabhängig zu machen (Hilfe zur Selbsthilfe). Dazu ist es erforderlich, eine enge Vernetzung der Akteure zu erreichen. Im Rahmen einer Lotsenfunktion soll in der Verwaltung

auch eine Anlaufstelle, z.B. ein Familienbüro, geschaffen werden,

die Betroffene berät und Kontakte herstellt. Die Unterstützung betrifft zum Beispiel die Bereiche des Arbeits- oder Sozialrechts, der Wohnungssituation oder auch komplexe Behördengänge.

Wir werden auch anstreben, Wartezeiten auf Beratungsgespräche, beispielsweise der Schuldnerberatung, deutlich zu verkürzen.

Wartezeiten bis zu sechs Monaten akzeptieren wir nicht. Wir sind uns in diesem Zusammenhang bewusst, dass hierfür zusätzliche finanzielle Mittel in die Hand genommen werden müssen. Wir sind

aber gleichzeitig davon überzeugt, dass mit diesen Ressourcen weit höhere Folgekosten vermieden werden können.

6.6. Lokale Mitverantwortung

Für SozialdemokratInnen ist Erwerbsarbeit nicht nur wirtschaftliche Existenzgrundlage. Sie trägt wie Familienarbeit zur gesellschaftlichen Anerkennung und zum Selbstwertgefühl der Menschen bei. Auch wenn die Möglichkeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf kommunaler Ebene begrenzt sind, nehmen wir unsere lokale Verantwortung bei der Schaffung und Vermittlung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen wahr.

Indem die Stadt Gütersloh über Bedarf ausbildet und zudem die Übergangskoaches an allen weiterführenden Schulen fortbestehen bzw. eingeführt sind (→ Kapitel 3.5.), wird Chancengerechtigkeit als Grundlage für gut ausgebildete junge Menschen geschaffen.

Zur Förderung neuer Arbeitsplätze gehören auch Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten für Menschen mit Beeinträchtigungen (→ Kapitel 8.2.). Wir halten Maßnahmen für erforderlich, die Menschen, die nur in Ausnahmefällen eine Chance zur Integration in den regulären Arbeitsmarkt haben, in Beschäftigung bringen. Die Qualität der vermittelnden Einrichtungen, zum Beispiel des Job-Centers (→ Kapitel 8.7.), muss sich auch an den Vermittlungserfolgen messen lassen.

Vor Ort organisierte, öffentlich geförderte Arbeit kann grundsätzlich einen Weg in den ersten Arbeitsmarkt ebnen. Wir verfolgen das Prinzip „Fördern und Fordern“. Einerseits soll allen Arbeitssuchenden eine Beschäftigungs- oder Ausbildungsmöglichkeit geboten werden. Andererseits müssen die Möglichkeiten der Ausbildung und Qualifikation für Arbeitssuchende verbessert werden.

Auch fordern wir die Mitverantwortung der Betroffenen in jedem Einzelfall unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit ein. Unser Leitbild ist die Förderung guter Arbeit und nicht die Alimentation von Arbeitslosigkeit.

6.7. Pflege von Menschen mit Handicap und pflegende Angehörige

In Gütersloh besteht aufgrund privater Investitionen ein Überhang an stationären Pflegeplätzen. Dabei wollen immer mehr Menschen in ihrer gewohnten Umgebung oder in Wohngruppen zusammenleben, in denen sie dann je nach Bedarf Hilfe für den Haushalt oder in der Pflege zukaufen können. Hier fehlen allerdings in Gütersloh entsprechende Rahmenbedingungen und eine zentrale Steuerung.

Wir setzen uns weiterhin für die Barrierefreiheit ein, denn diese ist für alle Altersgruppen mehr oder weniger nötig. Teilhabe, Selbstbestimmung und Barrierefreiheit im Alltag aller Menschen sind unabdingbar.

Das soziale Miteinander vor Ort, auch unter Einbeziehung von Pflegestützpunkten, wird gestärkt. Die Aufwertung und Anerkennung von Pflegearbeit und die Entlastung pflegender Angehöriger treiben wir voran.

6.8. Ehrenamt fördern

Ehrenamtliches Engagement ist eine der Grundpfeiler der Gesellschaft, auch in der Stadt Gütersloh. Egal ob in den Bereichen Sport, Kultur, Gesundheit, Kinder und Jugend, Senioren u.v.m., das freiwillige Engagement der Menschen ist nicht wegzudenken. Deshalb möchten wir das Ehrenamt in Gütersloh in gewohnter Form weiter fördern. Zusätzlich wünschen wir uns die

Einrichtung eines Ehrenamtsbüros bei der Stadt Gütersloh.

Dieses soll vernetzen und Menschen mit dem Willen sich zu engagieren und Vereine, Institutionen und Menschen die Hilfe benötigen, zusammenbringen und ehrenamtliche Arbeit im Allgemeinen stärken und stärker in den Fokus nehmen. Die Förderung von ehrenamtlicher Arbeit, ihre gesellschaftliche Anerkennung, die Gründung entsprechender Initiativen machen wir uns zu Eigen und setzen uns für deren Unterstützung ein.

Wir SozialdemokratInnen treten dabei besonders für die Interessen derjenigen ein, die sich in der modernen Zivilgesellschaft nur unzureichend artikulieren können. Diese Unterstützung kann beispiels-

weise durch das einzurichtende Ehrenamtsbüro erfolgen. Auch wissen wir um den großen Einsatz vieler ehrenamtlich getragener Vereine und Verbände und ihre soziale, kulturelle und gesellschaftliche Arbeit, die wir auch weiter unterstützen werden (→ siehe u.a. 7.2., 7.4. und 7.7.).

6.9. Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männer in einer Gesellschaft war schon immer ein wichtiges sozialdemokratisches Ziel und wird es, sofern nicht erreicht, immer bleiben. Unsere gesellschaftlichen Strukturen sind immer noch von Männern dominiert. Auch auf die Kommune kommen Aufgaben zu, die Positionen benachteiligter Frauen und Männer durch verschiedenste Maßnahmen zu stärken.

Auch im Jahr 2014 sind es überwiegend Frauen, die aufgrund unflexibler ArbeitgeberInnen oder fehlender Betreuungsplätze nach der Geburt eines Kindes nicht wieder in den Beruf finden. Wir setzen uns für bedarfsgerechte Betreuungsmöglichkeiten in Kindergärten und Schulen ein und fordern hier, dass

flexible Öffnungszeiten der Kindergärten auch in den Randzeiten angeboten werden
(→ Kapitel 2.1)

(Bürgerdialog: „Familienfreundlichere Öffnungszeiten von Kindertagesstätten“)

Auch ArbeitgeberInnen müssen familienfreundlicher werden. So fordern wir, dass verstärkt

familiengerechte Arbeitszeiten eingerichtet werden.

Die ungleiche Einkommensverteilung bei Männern und Frauen trotz gleicher Leistung wollen wir nicht länger dulden.

Zur Umsetzung gleichstellungspolitischer Maßnahmen in der Kommune unterstützt die SPD die Gleichstellungsstelle der Stadt und die von ihr eingerichteten Hilfseinrichtungen. Unterschiedliche Perspektiven der Geschlechter sollen gleichberechtigt in alle städtischen Entscheidungsprozesse eingebracht werden.

Ziel ist eine Geschlechterquote von 60/40, wenn möglich eine paritätische Besetzung aller städtischen Gremien.

6.10. Integration als Chance

Gütersloh ist bunt und vielfältig. Aus verschiedensten Regionen und den unterschiedlichsten Gründen sind Menschen seit den 60er Jahren nach Deutschland eingewandert. Dass Menschen aus 150 Herkunftsländern bei uns leben, arbeiten und hier ein Zuhause gefunden haben, ist eine große Bereicherung für unsere Stadt – ob im Arbeitsleben oder in der Kulturlandschaft, ob mit deutschem Pass oder ohne. Gerade die Kommune muss sich den vielfältigen Herausforderungen der Integrationspolitik stellen, um allen BürgerInnen die Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Integration begreifen wir SozialdemokratInnen dabei als Chance! Wir nehmen die Anliegen des Integrationsrates auf und unterstützen ihn als gewählte Vertretung der MigrantInnen. Wir setzen uns dafür ein, die im Rahmen der Landesgesetzgebung gegebenen Möglichkeiten für den Integrationsrat voll auszuschöpfen.

Die Sprache ist eines der wichtigsten Instrumente zur Teilhabe an der Gesellschaft und muss so früh wie möglich in Bildungsinstitutionen gefördert werden. Wir unterstützen weiter den Ausbau der Sprachangebote in Zusammenarbeit mit den Weiterbildungsträgern und Grundschulen vor Ort, die Kurse für die Eltern dieser Kinder durchführen – wenn es strukturell möglich ist, soll auch der muttersprachliche Unterricht angeboten und gefördert werden.

SchülerInnen aus Einwandererfamilien, die gerade nach Deutschland gekommen sind, sollen möglichst nicht nur einer Schule oder gar Klasse zugeteilt werden. Denn diese Konzentrierung führt aufgrund fehlender Sprachkenntnisse zu einem dazu, dass man homogene leistungsschwache Lerngruppen schafft. Zum anderen ist diese Art des Lernens auch nicht der Integration dienlich, da Einwandererkinder so keinen oder nur wenig Kontakt zu anderen Kindern haben, die ihnen zum Beispiel beim Erlernen der deutschen Sprache eine Hilfe sein können. Wir wollen uns deshalb dafür einsetzen, dass diese

Kinder jeder Schule und dort auch verschiedenen Klassen zugeteilt werden, damit alle SchülerInnen von dieser Form der Integration profitieren.

In Gütersloh halten sich des Weiteren viele LeiharbeiterInnen aus dem europäischen Raum auf, die die deutsche Sprache nicht beherrschen und wegen der Verständnisschwierigkeiten ihre Rechte nicht kennen und so auch nicht wahrnehmen können. Deshalb muss es für sie und für die hier dauerhaft lebenden Menschen mit Migrationshintergrund eine Anlaufstelle geben, bei der sie über komplexe Behördenangelegenheiten aufgeklärt werden und ihnen bei Verständnisschwierigkeiten geholfen wird. Deswegen fordern wir zusätzlich zu bestehenden städtischen Angeboten die

Einrichtung einer solchen Beratungsstelle oder die Unterstützung einer allgemein zugänglichen Beratungsstelle außerhalb der Stadtverwaltung.

Diese soll die LeiharbeiterInnen u.a. vor Unkosten eines Übersetzers schützen und alle Betroffenen optimal über ihre Rechte aufklären.

In der kommunalen Verwaltung müssen die Kenntnisse im Bereich der kulturellen Bildung und Erziehung verstärkt werden. Dabei erwarten wir, dass mehr Menschen mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung chancengleich entsprechende Ausbildungs-, Einstellungs- und Beförderungschancen bekommen.

Auch in der Flüchtlingspolitik setzen wir uns für einen integrativen und modernen Ansatz ein. Das bedeutet für uns SozialdemokratInnen, dass es keine zentralisierten Sammellösungen für Flüchtlinge geben darf und eine menschenwürdige Unterbringung und Behandlung (konsequente Arbeitsvermittlung, Bildungschancen, schnelle Verfahren etc.) garantiert sein müssen. Dies gebietet nicht nur die Solidarität mit den von Verfolgung, Krieg und Hunger betroffenen Menschen, sondern auch der gesellschaftliche Frieden. Nur mit einer dezentralen Lösung und einer guten Eingliederung in die Gesellschaft können Konflikte mit eventuellen AnwohnerInnen vermieden werden.

Beunruhigend ist es für uns SozialdemokratInnen, dass es in den letzten Jahren gewalttätige rechtsextreme Initiativen gab, die das vielfältige Zusammenleben in Gütersloh in Frage stellten. Gleichzeitig wissen wir, dass Menschenfeindlichkeit und antidemokratische Haltungen auch in der Mitte der Gütersloher Gesellschaft Anschluss finden können. Hierbei ist Rassismus nur eine Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, neben Homophobie, Sexismus etc. Wir stellen uns entschieden gegen alle Formen der Diskriminierung und wollen sie aktiv bekämpfen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Kampf gegen Rassismus und andere Formen der Menschenfeindlichkeit intensiver in Schulen behandelt werden.

Die Stadt soll auch weiterhin Projektwochen zu diesen Themen ermöglichen und das Projekt „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ fördern.

Das Ziel einer toleranten Gesellschaft muss in allen Bereichen des Lebens aktiv verfolgt werden. Natürlich müssen hier Institutionen wie die städtische Verwaltung eine Vorbildfunktion übernehmen. Sinnvoll sind hier Multiplikatorenschulungen und auch der „Demokratieführerschein“ der Volkshochschule (→ Kapitel 3.9.), um auf einer breiten Basis gegen Menschenfeindlichkeit ankämpfen zu können. Für uns als Gütersloher SPD ist klar, dass unser Einsatz für Vielfalt und Demokratie auch in Zukunft gefragt sein wird. Die Zusammenarbeit mit Kulturvereinen und Initiativen, die sich für ein buntes, lebenswertes Gütersloh einsetzen, hat für uns weiterhin eine hohe Priorität. Es bleibt uns daher ein Hauptanliegen, mit allen Beteiligten Programme zu entwickeln, die in der Breite wirken: Für die Schulen, für die freie und städtische Jugendarbeit, für Sport- und Kulturvereine werden wir ein Partner und kommunalpolitischer Ansprechpartner sein, wenn es um die Förderung von Programmen für Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit geht.

6.11. Gesundheitswesen

Unser Gesundheitswesen – also der gesamte Sektor von medizinischer Versorgung über Apotheken, Physio- und andere Therapien, Rehabilitationsmaßnahmen, bis hin zur Altenpflege und der Krankenversicherungswirtschaft – ist aufgrund des vielbeschworenen demographischen Wandels einer der Wachstumsmärkte schlechthin: Noch nie sind so viele Menschen in unserer Gesellschaft so alt geworden, mit allen dazugehörigen Herausforderungen an unser Gesundheitssystem.

Insbesondere auf dem Arbeitsmarkt liegen auch hier die Wachstumschancen. Der Bedarf an qualifiziertem (Pflege-)Personal wird in den kommenden Jahren deutlich zunehmen. Für uns gilt es daher, diesen Bereich zu stärken. Die Stadt Gütersloh verfügt dabei im Kreis Gütersloh (→ Kapitel 8.7.) über gute Ausgangsbedingungen und Möglichkeiten zu weiteren Vernetzungen in der Gesundheitswirtschaft.

Mit unserem Klinikum Gütersloh haben wir die besten medizinischen Voraussetzungen mit hohem Versorgungsstandard und sehr gutem Ausbildungsstand für alle BürgerInnen in Gütersloh und der Umgebung. Mit dem Ausbau der Fachrichtungen und der verschiedenen medizinischen Zentren unterstützen wir eine differenzierte Versorgung und stärken die langfristigen Ziele des Klinikums. Die gute Aufstellung für die Zukunft schützt das Klinikum nicht zuletzt auch vor privaten Investoren, denn die Eigenständigkeit des Klinikums Gütersloh ist nicht selbstverständlich, aber ein Verkauf oder auch eine Privatisierung findet bei uns keinerlei Unterstützung. Das Klinikum Gütersloh ist und bleibt ein ganz wesentlicher Bestandteil der optimalen gesundheitlichen und wohnortnahen Versorgung und damit für die GütersloherInnen unverzichtbar.

Die SPD Gütersloh setzt sich dafür ein,

das Klinikum Gütersloh zu stärken und medizinisch wie baulich zu erweitern. Dabei soll die Eigenständigkeit unbedingt erhalten bleiben.

Für uns ist der leistungsfähige Verbund der medizinischen Angebote auf lokaler Ebene selbstverständlich, stärkt er doch die hohe medizinische und pflegerische Versorgung vor Ort. Gerade die Ansiedlung von Hausärzten ist dabei im Hinblick auf die demografische Entwicklung eine Herausforderung, die es zu meistern gilt.

Wir wollen den hohen Grad des Gesundheitswesens in Gütersloh erhalten und die Herausforderungen des demografischen Wandels annehmen und dabei Gütersloh als Standort für niedergelassene Ärzte attraktiv halten.

(Bürgerdialog: „Gesundheitsversorgung sicherstellen – insbesondere für Kinder und auch an Wochenenden.“)

7. Kultur und Sport in Gütersloh

Das kulturelle Leben in Gütersloh ist bunt und vielfältig. Für uns sind die kulturellen Einrichtungen, Veranstaltungen und Angebote ein fester und selbstverständlicher Bestandteil des Gütersloher Lebens und kein exklusives oder zusätzliches Angebot. Darüber hinaus macht es Gütersloh attraktiv für Menschen aus den Nachbarkommunen und der Region und attraktiv für BewerberInnen um Stellen in den Gütersloher Betrieben.

Daher hält die SPD Gütersloh daran fest, dass die bewährte Mischung unterschiedlicher Angebote für unterschiedliche Zielgruppen erhalten bleibt und strebt an, dass sie, wo möglich, ausgebaut werden. Die vier entscheidenden Säulen des Gütersloher Kulturlebens sind:

- das Theater und die Stadthalle
- das Bürgerzentrum „Die Weberei“
- das breite Angebot an Open-Air-Veranstaltungen und
- das Engagement der kulturtragenden und kulturtreibenden Vereine in Gütersloh.

Wir setzen uns in unserer kulturpolitischen Arbeit zum Ziel, dass alle Menschen in Gütersloh vom reichhaltigen und vielfältigen Kulturangebot der Stadt Gütersloh profitieren können. Der gleiche Zugang zu Kultur und zur kulturellen Bildung – „Kultur für alle“ – war in der Vergangenheit unsere Leitlinie und wird es auch in Zukunft sein.

7.1. Theater

Nach der Fertigstellung des Theaters hat sich dieses durch ein attraktives Programm zu einem Anziehungspunkt für viele GütersloherInnen entwickelt und ist zu einem Leuchtturm im Kreis Gütersloh geworden. Daher vertritt die SPD Gütersloh die Auffassung,

dass die für das Theaterprogramm zur Verfügung stehenden Mittel entsprechend den allgemeinen Preissteigerungsraten erhöht werden und steigende Personalkosten durch städtische Zuschüsse gedeckt werden müssen.

Nur so kann es gelingen, mittel- und langfristig ein attraktives Programm zu sichern. Insbesondere für das Kinder- und Jugendtheater müssen ausreichende finanzielle Rahmenbedingungen für ein kostengünstiges Angebot geschaffen werden. Das finanzielle Engagement der Stadt muss die Basis für die programmatische Arbeit des Theaters sein, weil Kultur zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehört. Die großzügige Unterstützung aller Sparten des Kulturbetriebs durch das Engagement von Sponsoren wird von der SPD ausdrücklich begrüßt. Es muss aber der Zusatz zu den öffentlichen Mitteln bleiben.

Für uns bleibt der Anspruch bestehen, dass das „neue“ Theater ein Haus für alle BürgerInnen sein soll – das heißt von der Schultheatervorführung über Vorstellungen von Laientheatern und Tanz- und Musikschulen bis zur großen Oper sollen alle Menschen sich barrierefrei in dieser Institution wiederfinden.

7.2. Stadthalle

Die begonnene behutsame Sanierung der Stadthalle will die SPD Gütersloh fortsetzen. Als Veranstaltungsort für Feste und Feiern von Vereinen, Betrieben und Privatpersonen muss die Stadthalle ebenso fit für die Zukunft gemacht werden wie als Ort für Konzerte und Kulturveranstaltungen aller Art. Sie muss als Halle für die BürgerInnen der Stadt deutlich erkennbar bleiben. Das wird eine der wichtigen Zukunftsaufgaben für die Zeit bis 2020 bleiben. Die SPD setzt sich dafür ein, dass

alle gemeinnützigen Vereine, die auf die Nutzung der Stadthalle zur Erfüllung des Vereinszweckes angewiesen sind, diese auch weiterhin nutzen können.

(Bürgerdialog: „Stadthalle muss für Musikvereine, deren Vereinszweck das Geben von Konzerten ist, nutzbar bleiben.“)

Die Preisanhebungen in der jüngeren Vergangenheit sind zu evaluieren und eventuelle Fehlentwicklungen zu korrigieren. Belastungen, die dadurch für die Stadthalle entstehen, müssen durch Haushaltsmittel der Stadt ausgeglichen werden.

7.3. Alternative Kultur in der Weberei

Das Bürgerzentrum „Weberei“ steht seit 30 Jahren für ein breites sozio-kulturelles Angebot für alle GütersloherInnen. Mit seinen Angeboten vom Sonntagsfrühstück über die Disco-Veranstaltungen bis hin zu Konzerten und Weiterbildungskursen ist es ein wichtiger Ort kulturellen Austauschs in Gütersloh. Zugleich bietet es sozialen und politischen Initiativen einen Raum für ihre Treffen und Diskussionen.

Die SPD Gütersloh wird sich dafür stark machen,

dass die finanziellen Zuschüsse für das soziokulturelle Programm der Weberei auf dem bestehenden Niveau erhalten bleiben und

dass der Charakter der „Weberei“ als soziokulturelles Zentrum erhalten bleibt.

(Bürgerdialog: „Die Weberei muss erhalten bleiben. Mehr Alternativen zur ‚Hochkultur‘ schaffen.“)

Die SPD Gütersloh – die vor 33 Jahren den Abriss der Alten Weberei verhindert hat – wird dafür eintreten, dass die Betreiber weiterhin ausreichende finanzielle Mittel erhalten, um den Auftrag, den Jugendkulturring als eigene Marke unter dem Dach der Weberei zu erhalten, realisieren können. Wir halten es für zweckmäßig, dabei Kooperationen mit dem Jugendparlament und den Jugendverbänden anzustreben.

7.4. Ehrenamtliche Kulturarbeit

Ein wichtiger Faktor für das kulturelle Leben in der Stadt Gütersloh sind die vielen Open-Air-Veranstaltungen, die kostenlos angeboten werden. Zu nennen sind die ‚langenachtderkunst‘, das Straßentheaterfest ‚Platzwechsel‘ und das Kultur- und Spielfest ‚Donnerlüttken‘, die sich in den vergangenen Jahren zu bei Jung und Alt beliebten Veranstaltungen entwickelt haben. Sie sind getragen vom Engagement von Vereinen, KünstlerInnen sowie personellem und finanziellem Engagement der Stadt Gütersloh. Die SPD Gütersloh macht sich dafür stark,

dass die finanziellen und personellen Rahmenbedingungen für diese Veranstaltungen erhalten bleiben.

Herzstück der Veranstaltungen des ‚Gütersloher Sommers‘ und vieler anderer Veranstaltungen ist die Freilichtbühne im Mohns Park. Die SPD Gütersloh dankt dem Verkehrsverein für sein dauerhaftes Engagement und begrüßt, dass die Tribüne so schnell wie möglich saniert werden soll, so dass die Nutzung der Freilichtbühne erhalten bleibt. Darüber hinaus wird sich die SPD Gütersloh dafür einsetzen,

dass ein umfassendes Nutzungskonzept gemeinsam mit dem Verkehrsverein und den kulturtreibenden Organisationen für die Freilichtbühne entwickelt wird.

Initiativen, wie der Verkehrsverein oder auch der Verein Michaeliswoche sollen durch das Stadtmarketing nicht abgelöst werden, wie es die Intention anderer Parteien war, sondern gemeinsam wirken. Das Netzwerk der Vereine ist ein wichtiger Baustein für die erfolgreiche Durchführung von Veranstaltungen.

Nicht zuletzt ist das Engagement tausender Ehrenamtlicher aus dem Gütersloher Kulturleben nicht wegzudenken – ob sie nun in Kapellen, Orchestern und Chören aktiv Musik betreiben oder in Kulturvereinen wie der Kulturgemeinschaft Dreiecksplatz engagiert sind, die das kulturelle Leben durch eigene Veranstaltungen bereichern. Finanzielle Förderung durch die Stadt hilft den Vereinen, ihre kontinuierliche Arbeit fortzusetzen und besondere Projekte zu realisieren. Daher spricht sich die SPD Gütersloh dafür aus,

die Haushaltsmittel für die Kulturförderung dauerhaft zu sichern, um die Vielfalt des kulturellen Engagements in Gütersloh zu gewährleisten.

Bestehende städtische Unterstützungen müssen dauerhaft gesichert werden.

Das muss auch die finanzielle Unterstützung bei der Miete von Räumlichkeiten für nicht kommerzielle Veranstaltungen, insbesondere in der Stadthalle (→ Kapitel 7.2.) und im Theater (→ Kapitel 7.1.), einschließen. Ebenso wird die SPD dafür eintreten, dass die bestehenden Kontakte zu den Vereinen und Verbänden der Migrantinnen und Migranten intensiviert werden, um sie stärker in das kulturelle Leben zu integrieren (→ Kapitel 6.10.).

7.5. Bildende Kunst

Wichtiger Teil des kulturellen Lebens sind auch die Ausstellungen des Kunstvereins für den Kreis Gütersloh im Verhoffhaus und die in Gütersloh lebenden bildenden KünstlerInnen, die mit ihren Ideen interessante und spannende Impulse in der Stadt setzen. Die Unterstützung des Kunstvereins für den Kreis Gütersloh und seiner Ausstellungen im Verhoffhaus am Alten Kirchplatz muss mindestens im bisherigen Umfang erhalten bleiben. Die SPD Gütersloh hält es für wichtig, dass für die heimischen Kulturschaffenden Gelegenheiten geboten werden, ihre Werke in der Öffentlichkeit zu präsentieren.

7.6. Kulturelle Bildung und kulturelles Gedächtnis

Kulturelle Bildung hat als Teil einer umfassenden Allgemeinbildung einen hohen Stellenwert. Angebote in den Bereichen Musik, Spiel, Theater, Tanz, Literatur, Bildende Kunst und Medien müssen allen, unabhängig von Alter, sozialer Herkunft und Nationalität, zur Verfügung stehen und an deren Interessen und Bedürfnissen anknüpfen. Sie ermöglichen die Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben, stärken den Einzelnen in seiner persönlichen Entwicklung und erleichtern das Zusammenleben der Menschen. Ziel ist ein strukturiertes, nachhaltig wirksames und allen zugängliches Angebot.

Die SPD Gütersloh fordert die Entwicklung eines Gesamtkonzepts für die kulturelle Bildung, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, in dem die Angebote der Kindertagesstätten, der Schulen und aller Akteure der kulturellen Bildung aufeinander abgestimmt sind (→ Kapitel 3.9.).

Sie wird den Ausbau von Gelegenheiten und Strukturen für kulturelle Bildung durch Bereitstellung städtischer Finanzmittel und Förderung von Kooperationen im Bildungsbereich unterstützen.

Teil der kulturellen Bildung ist auch die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Stadt Gütersloh. Die SPD Gütersloh tritt daher dafür ein, dass das Stadtarchiv und das Stadtmuseum mit ausreichenden finanziellen Mitteln und Räumlichkeiten ausgestattet werden, um die bei ihnen bewahrten Dokumente der Geschichte unserer Stadt und ihrer EinwohnerInnen dauerhaft sichern zu können. Auch für Ausstellungen und andere Angebote zur historisch-politischen Bildung und zur Auseinandersetzung mit der Geschichte und den heutigen Rahmenbedingungen der Stadt müssen ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

7.7. Partner des Sports

Wir bringen Gütersloh in Bewegung. Als Partner des Sports unterstützen wir die vielfältigen Angebote der Gütersloher Sportvereine, die es den Menschen hier vor Ort ermöglichen, ihren gewünschten Sport auszuüben. Viele MitbürgerInnen sind in unseren lokalen Sportvereinen aktiv und engagiert im sportlichen Ehrenamt.

Die Gütersloher Sportvereine haben einen hohen Stellenwert für uns. Sie fördern nicht nur sportliche Aktivitäten und engagieren sich in der Jugendarbeit. Sie leisten auch einen wichtigen Beitrag für unsere soziale Gemeinschaft, die Integration und das Leben in unseren Ortsteilen. Sport bringt Menschen zusammen – Sport verbindet und integriert – Sport bringt Gesundheit und macht Spaß.

Wir werden auch in der Zukunft die Entwicklung der sportlichen Infrastruktur und das große Engagement der Sportvereine unterstützen und fördern.

Die SPD Gütersloh macht sich dafür stark, die Sportvereine in Gütersloh zu unterstützen und zu fördern, die ehrenamtliche Tätigkeit der Übungsleiterinnen und Übungsleiter und Vorstände der Vereine zu unterstützen.

Auch im Rahmen der Gütersloher Schullandschaft (→ Kapitel 3.3.) ist es uns wichtig, die Sportvereine mit einzubeziehen. Hier gilt es

die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Vereinen in Bezug auf die Angebote der offenen Ganztagschule zu fördern.

Die Gütersloher Bäderlandschaft soll in ihrer Vielfältigkeit erhalten bleiben. Dabei ist es unser Ziel, das Angebot für Schulen und Vereine weiter vorzuhalten und zu stärken. Jedes Kind muss die Chance haben, schwimmen zu lernen. Ein weiteres Ziel ist für uns die familiengerechte Preisgestaltung in allen Gütersloher Bädern. Den Begriff Familie gilt es dabei genau zu definieren. Hierbei sind neue Formen, wie „Patchwork-Familien“ selbstverständlich zu berücksichtigen.

Wir wollen den Erhalt der Gütersloher Bäderlandschaft, auch für den Schul- und Vereinssport, und gleichzeitig auf der anderen Seite eine familienfreundliche Angebots- und Preisgestaltung mit einer klaren und modernen Definition des Begriffs Familie.

(Bürgerdialog: „Freibäder für Kinder bzw. Familien kostengünstiger gestalten.“)

8. Kommunale Querschnittsaufgaben

8.1. Finanzen

Für die Sozialdemokratie bedeutet gute und verantwortungsvolle Finanzpolitik, dass man an den richtigen Stellen spart und Problemen schon jetzt konsequent begegnet, um später kein Geld für teure Reparaturen auszugeben. Lange widerlegte neoliberale Dogmen wie „Privat vor Staat“ lehnen wir ab. Für

uns sind ein gut ausfinanzierter und ausgeglichener Haushalt und eine starke Daseinsvorsorge zwei gleichwertige Grundlagen guter und sozialer Politik.

Die Stadt Gütersloh hatte in den vergangenen Jahren eine solide Haushaltssituation. Gütersloh hat in den letzten drei Jahren Schulden abgebaut – bei jährlichen Investitionen von ca. 20 Millionen Euro. Entgegen aller Unkenrufe behielten die sozialdemokratischen KommunalpolitikerInnen bei den letzten Haushalten mit ihren positiven Einschätzungen Jahr für Jahr Recht. Diese Erfolge der städtischen Haushaltspolitik hatten drei Grundlagen: die Konsolidierungsbestrebungen der Stadt Gütersloh in den vergangenen Jahren, die Beendigung der kommunal-feindlichen Politik auf Landesebene durch die rot-grüne Landesregierung unter Hannelore Kraft ab dem Jahr 2010³ und eine der stärksten wirtschaftlichen Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen.

Die Gütersloh SPD hat entgegen populistischer Behauptungen den größten Teil der Sparbemühungen der Stadt mitgetragen und auch mitgestaltet. Wir werden uns allerdings auch in Zukunft

gegen jede Kürzung in den Bereichen Kinder, Jugend, Bildung und Familie

aussprechen. Mittel, die in diesen Bereichen frei werden, sollen im System verbleiben. Wir sind der festen Überzeugung, dass präventive Maßnahmen und eine gute Bildung der Schlüssel zu einer besseren Haushaltssituation in der Zukunft sind. Wer in der Zukunft Geld sparen möchte, sollte in der Gegenwart bereit sein, mehr Geld z.B. in die Schulsozialarbeit (→ Kapitel 3.4.) oder die personelle und allgemeine Ausstattung von Kindertagesstätten und Schulen zu investieren (→ Kapitel 2.1. und 3.7.).

Trotzdem muss die Stadt auch in Zukunft ihre Ausgaben genau im Blick behalten und unnötigen Ausgaben müssen vermieden werden.

Wo Möglichkeiten zur Einsparungen festgestellt werden, müssen diese auch weiterhin genutzt werden.

Allerdings ist in den vergangenen Jahren immer deutlicher geworden, dass die Möglichkeiten der kommunalen Familie für Einsparungen an ihre Grenzen gekommen sind. Deshalb ist eine schnelle Übernahme der Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung durch den Bund aus Sicht der SPD dringend erforderlich, um die kommunalen Kassen zu entlasten. Dies macht aber auch klar, dass eine Partei, die echte politische Verantwortung für die Stadt übernimmt und nicht nur Sparwillen simuliert, klar benennen muss, ob und welche Leistungen und Angebote die Stadt für die BürgerInnen nicht mehr leisten soll, wenn sie verantwortlich sparen will. Offensichtliche Möglichkeiten zu solchen Einsparungen gibt es aus Sicht der SPD nur noch vereinzelt. Mit der SPD wird es keine Einsparungen nach der „Rasenmäher-Methode“ oder mit pauschalen Personalkürzungen geben. Diese machen alle betroffenen Bereiche ineffizienter, bringen finanziell kaum Spielräume und belasten das teilweise bereits ausgedünnte Personal der Stadt zusätzlich.

Besonders die Politik des generellen Personalabbaus hat in der Vergangenheit zu Schwierigkeiten in einzelnen Dezernaten der Stadt geführt. Die städtischen MitarbeiterInnen haben versucht, immer wieder neue Aufgaben mit einer stetig absinkenden Personaldecke so gut wie möglich zu bewältigen. Diese Effizienz wurde der Stadt Gütersloh bereits vor einigen Jahren durch externe Berater aus der freien Wirtschaft attestiert – noch vor den letzten pauschalen Kürzungen durch die Schwarz-Grün-UWG-Plattform. Hier muss Politik bereit sein, Fehler einzugestehen und gegebenenfalls gegenzusteuern. Wir werden deshalb

personelle Einsparungen nur noch dort vornehmen, wo wir Aufgaben einstellen oder erkennbare Spielräume bestehen.

Denn: Gute Kommunalverwaltung braucht engagierte MitarbeiterInnen. Nur mit ausreichendem und gut ausgebildetem Personal in den Verwaltungen kann die Kommunalpolitik handeln und können die

³ Von 2005 bis 2010 hat die Politik der schwarz-gelben Landesregierung durch Mehrausgaben und Einnahmeausfälle die Kommunen mit rund 3,5 Milliarden Euro belastet. Seit dem Politikwechsel zu Rot-Grün wurden diese Gelder vollständig zurückgeführt. Darüber hinaus gibt das Land NRW rund 300 Millionen Euro zusätzlich an die Kommunen über den Aktionsplan Kommunal Finanzen. Diese Politik zeigt Wirkung: von 175 Kommunen in der Haushaltssicherung zu Beginn der rot-grünen Regierungszeit konnten 146 bis zum Ende 2013 diesen Zustand hinter sich lassen!

Kommunen gestalten. Auch ist die Stadt darum bemüht, MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund zu gewinnen.

Allen Beschäftigten müssen qualifizierte Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Dem Leistungsprinzip muss mehr Achtung verschafft werden. MitarbeiterInnen müssen auf allen Ebenen der Verwaltung durch gute Weiterbildungsangebote qualifiziert werden. Dabei ist der Qualifizierung von Frauen zur Vorbereitung auf Leitungs- und Führungsaufgaben besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

8.2. Inklusion

Inklusion ist ein in den vergangenen Jahren durch die 2006 von der UN verabschiedete „Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ immer stärker in die öffentliche Diskussion gekommener Begriff. Für uns ist die Inklusion – oder präziser: eine inklusive Gesellschaft – eine Querschnittsaufgabe. Einerseits für alle Bereiche der Politik, andererseits aber vielmehr auch für alle BürgerInnen.

Die Herausforderung der Inklusion ist in den Städten und Gemeinden längst angekommen. Die Leitidee der Inklusion beinhaltet eine gänzlich andere Perspektive als Integration: Menschen mit Behinderungen sollen nicht mehr in gesonderten Maßnahmen aufgefangen und dann in die Gesellschaft integriert werden. Inklusion setzt sich vielmehr zum Ziel, dass sich die Strukturen in allen gesellschaftlichen Lebensreichen für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen öffnen. Die Strukturen sollen behindertengerecht umgestaltet werden, so dass ein gemeinsames Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderung ermöglicht wird.

Inklusion erfordert ein gänzlich anderes Bewusstsein hinsichtlich des Miteinanders in unserer Gesellschaft. Es muss normal werden, dass jeder – gleich ob mit oder ohne Behinderung – in der Mitte unserer Gesellschaft steht. Inklusion liegt ein Menschbild zugrunde, das Verschiedenheit in einer Gesellschaft als Normalität begreift und nicht als Hindernis betrachtet. Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe, die sich nicht allein auf den Bereich der Schul- und Sozialpolitik beschränkt. Inklusion braucht Schnittstellen, zwischen den Akteuren in der Jugend-, Sozial- und Schulpolitik. Diese Schnittstellen schaffen einen Mehrwert für die kommunalen Akteure.

Inklusion ist mehr als Schule und darf nicht darauf reduziert werden. Es gilt vielmehr eine ganzheitliche Perspektive einzunehmen. Vom Bildungswesen, Wohnungsbau, Gesundheit, Pflege über den Arbeitsmarkt sind alle Politikfelder und Handlungsebenen betroffen. Wer bei der Umsetzung der Inklusion nur die Kosten in den Vordergrund stellt, verkennt die insbesondere kommunalen Potentiale, die durch die weitgehende Teilhabe von Menschen mit Behinderungen freigesetzt werden können.

Ebenso muss Menschen mit Behinderungen die

Teilhabe an kommunalen Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten durch die Schaffung adäquater Bedingungen ermöglicht werden.

Vorhandene Ressourcen zur Finanzierung bestehender Systeme der Segregation sind vorhanden und müssen den Anforderungen der Inklusion angepasst werden.

Ziel ist es, für die Stadt Gütersloh einen kommunalen Inklusionsplan zu erstellen.

Dabei gilt der Grundsatz Betroffene zu Beteiligten zu machen. „Nichts ohne uns über uns.“ Menschen mit Behinderung sind „Experten in eigener Sache“ und als solche in den kommunalen Planungsprozessen zu beteiligen. Dafür gilt es vor Ort inklusive, barrierefreie Partizipationsformen zu schaffen.

Die SPD in Gütersloh begreift Inklusion mithin als ein zentrales Element der Schaffung sozialer Gerechtigkeit. In unserer langen Geschichte haben wir immer dafür gestritten, die Ausgrenzung von Menschen zu beseitigen und ihnen Perspektiven und Entwicklungschancen zu geben. Das ist auch die Kernbotschaft der Inklusion, sie ist somit ein zutiefst sozialdemokratisches Anliegen – ein Anliegen, welches es im sozialräumlichen Nahbereich der Kommunen, da wo es für die Menschen unmittelbar erfahrbar wird, konsequent umzusetzen gilt

Neben den in den entsprechenden Kapiteln bereits beschriebenen Auswirkungen auf kommunale Kinder-, Jugend- und Schulpolitik (→ Kapitel 2. und 3.), aber auch einem behindertengerechten, barrierefreien Wohnungsbau und dem Ausbau barrierefreier Infrastrukturen in unseren Stadtquartieren (→

Kapitel 4.) sollen auch in der Verkehrsinfrastruktur die Belange der Menschen mit Behinderungen berücksichtigt und deren Mobilität gewährleistet werden. Wichtig ist der SPD Gütersloh zudem:

Eine Erleichterung des Übergangs von Menschen mit Behinderungen in den ersten Arbeitsmarkt und der Erhalt von Beruf und Arbeitsplatz für Menschen, die erst im Laufe ihres Erwerbslebens behindert werden.

8.3. Feuerwehr und Sicherheit

Durch das gute Zusammenwirken von Polizei, Rettungsdienst und Feuerwehr können wir in Gütersloh sicher sein. Für die Feuerwehr setzen wir uns

für den zeitnahen Baubeginn der neuen Feuerwache für die Berufsfeuerwehr und die Sanierung des Standorts der Freiwilligen Feuerwehr an der Friedrich-Ebert-Straße ein.

Für uns sind eine technisch gut ausgestattete Feuerwehr und ein gleichermaßen ausgerüsteter Rettungsdienst selbstverständlich. Eine moderne Ausstattung unserer Feuerwehren zum Erhalt ihrer erfolgreichen Arbeit ist dazu unverzichtbar. Dabei ist die Unterstützung der ehrenamtlichen Feuerwehren und der Berufsfeuerwehr gleichermaßen zu berücksichtigen, auch um die Gemeinschaft und den Zusammenhalt zu stärken. Wir wollen beide in ihrer Aus- und Fortbildung unterstützen und sie bei der Nachwuchssuche und -förderung begleiten. Daneben gilt es auch die Vereinbarkeit von Beruf und freiwilligem Dienst bei sich abzeichnenden demografischen Veränderungen zu erhalten. Gerade in diesem Zusammenhang setzt sich die SPD in Gütersloh

für die Unterstützung bei der Gewinnung ehrenamtlicher Nachwuchskräfte ein.

Die Polizei trägt maßgeblich zur Sicherheit in unserer Stadt bei und bildet dabei, neben dem Rettungsdienst und der Feuerwehr, einen Baustein der Sicherheitspartnerschaft zum Schutz der BürgerInnen hier vor Ort. Die Sicherheit aller BürgerInnen ist aber nicht allein durch diese Sicherheitspartnerschaft zu gewährleisten. So gilt es,

die Förderung der „Kultur des Hinschauens und des Helfens“ zu stärken.

Sei es durch eine gute Sozialarbeit oder auch die volle Integration von Minderheiten in unserer Gesellschaft. Ein gemeinsames, freundschaftliches Miteinander verhindert Aggressionen und Gewalt.

Die Beleuchtung öffentlicher Wege und Straßen schafft bei Bürgerinnen und Bürgern ein Gefühl der Sicherheit. Sie fühlen sich geborgen in ihrer Stadt.

Wir setzen uns dafür ein, dass ein umfassendes und energetisch modernes Beleuchtungskonzept für Gütersloh zügig auf den Weg gebracht und umgesetzt wird.

Dies beinhaltet die Umstellung auf die LED-Technologie (→ Kapitel 5.3.), kann aber auch zur Ausweitung der bisherigen Beleuchtung „mehr“ und „länger“ führen (**Bürgerdialog: „Postdamm: Beleuchtung installieren“**). Dabei soll neben der guten Ausleuchtung von Fuß und Radwegen, auch die Vermeidung von Verkehrsunfällen z.B. auf den Stadtringen im Fokus stehen. Um diesen vorzubeugen, ist neben einer guten Ausleuchtung auch die Prüfung zur Senkung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf Ausfallstraßen auf Tempo 50 sinnvoll.

8.4. Verbraucherpolitik als kommunale Aufgabe

Veränderungen von Gesellschaft und Wirtschaft nehmen die Menschen nicht nur an ihrem Arbeitsplatz wahr, sie sind auch als VerbraucherInnen immer wieder mit neuen Entwicklungen und Herausforderungen konfrontiert. Aus kommunaler Sicht ist das Angebot von Beratungsstellen für VerbraucherInnen sinnvoll und notwendig. Wir erwarten vom Land,

dass Kürzungen bei der Verbraucherberatung für die Kommunen dauerhaft ausgeglichen werden und der Bestand der Verbraucherberatungsstellen gesichert wird.

Die SPD unterstützt die kommunale Verbraucherberatung in Gütersloh. Lokale Verbraucherpolitik ist für uns auch Ausdruck von Bürgernähe.

Es gehört zum öffentlichen Auftrag der kommunalen Weiterbildungsträger, durch Bildung, Information und Beratung das Verbraucherbewusstsein zu fördern. Dies gilt für alle Bildungsinstanzen von Kindergärten über Schulen bis hin zu Einrichtungen der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung.

8.5. Kommunale Unternehmen

Das öffentliche Sparkassenwesen gewährleistet die Versorgung der VerbraucherInnen sowie der kleinen und mittelständischen Unternehmen und des Handwerks mit Krediten. Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen müssen erhalten bleiben. Pläne, die Sparkassen für privates Kapital zu öffnen, sind mit dem öffentlichen Auftrag nicht zu vereinbaren und schwächen unsere Volkswirtschaft.

Wir sprechen uns gegen mögliche Fusionen unserer Sparkasse aus.

Zudem soll die Sparkasse dauerhaft Ausschüttungen an die Stadt Gütersloh vornehmen.

Kommunale Unternehmen sichern Arbeitsplätze, schaffen viele Ausbildungsplätze und sind verlässliche Partner von Handwerk und Mittelstand. Öffentliche Daseinsvorsorge mit hoher Qualität und zu bezahlbaren Preisen ist ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen und Arbeitnehmer. Sie sind im regionalen und internationalen Standortwettbewerb von Bedeutung.

Wir erwarten zudem eine verbraucherpolitische Vorbildfunktion der kommunalen Unternehmen. Hierzu gehört in den Augen der Sozialdemokratie auch die stetige Weiterentwicklung der Ansätze „Gütersloh als Fair-Trade-Town“ und des ökologisch nachhaltigen Wirtschaftens. Die gilt sowohl innerhalb der klassischen Verwaltung, als auch in den kommunalen Unternehmen. Die Menschen vor Ort erwarten, dass die Kommunen Verantwortung für die Daseinsvorsorge behalten und diese aktiv gestalten. Die Daseinsvorsorge darf nicht von privaten Gewinninteressen bestimmt werden. Vielmehr müssen kommunale Unternehmen so gestärkt werden, dass sie in wirksame Konkurrenz zu privaten Monopolen und Oligopolen treten können. Hierin unterscheiden sich SozialdemokratInnen von VertreterInnen neoliberaler Ansätze.

Vielfalt und Qualität der Leistungen, die kommunale Unternehmen in den verschiedenen Bereichen kommunaler Daseinsvorsorge erbringen, zeigen, wie wichtig die Entscheidungsfreiheit der Kommunen ist. Kommunale Unternehmen dürfen nicht diskriminiert werden. Sie müssen unter fairen Bedingungen am Wettbewerb teilnehmen können.

Der grundsätzliche Vorrang der Privatwirtschaft vor der Kommunalwirtschaft ist dabei nicht automatisch gegeben und stellt nicht die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt der Politik. Gleiches gilt für die generelle Annahme, dass bei Ausschreibungen immer das billigste Angebot auch das „Beste“ für die Stadt ist. Wir folgen dem Ansatz der rot-grünen Landesregierung, Aufträge nur an Unternehmen zu vergeben, die ihre ArbeitnehmerInnen zu den momentan gültigen Bedingungen der Tarifabschlüsse der jeweiligen Branchen beschäftigen, und erwarten das ebenfalls von den kommunalen Unternehmen.

8.6. Unsere Städtepartnerschaften

Sie stehen für Frieden in Europa! Wir bekennen uns zu der europäischen Idee und unterstützen die aktive europäische Arbeit der Stadt Gütersloh. Diese pflegt enge Beziehungen zu ihren fünf Partnerstädten in Europa.

Städtepartnerschaften überwinden Grenzen in den Köpfen und schaffen praktische Möglichkeiten, unsere europäischen Nachbarn besser kennenzulernen. Sie öffnen die Türen für interkulturelle Erfahrungen, bilden Vertrauen und schaffen Freundschaften. Uns ist es wichtig, dass gerade für junge Menschen diese europäische Netzwerkarbeit, ob durch den kulturellen Austausch oder auch den sportlichen Vergleich, gefördert wird.

Die SPD Gütersloh setzt sich dafür ein,

dass der Austausch mit unseren Partnerstädten stärker gefördert wird und die Möglichkeiten für den aktiven Austausch junger Menschen ausgebaut werden.

Außerdem sollen in der Zukunft auch weitere Partnerschaften mit Kommunen auf anderen Kontinenten gegründet werden.

8.7. Gütersloh – ein guter Nachbar

Die Stadt Gütersloh soll mit den angrenzenden Kommunen, dem Kreis Gütersloh und den benachbarten Kreisen und kreisfreien Städten ein nachbarschaftliches Verhältnis pflegen. Gerade in der jüngeren Vergangenheit kam es zu gerichtlichen und außer-gerichtlichen Auseinandersetzungen mit Städten der Umgebung. Wir wollen versuchen, diese in Zukunft durch noch engeren und stärkeren Dialog mit unseren Nachbarn zu vermeiden. Wir wollen als Stadt der guten Nachbarn ein guter Nachbar sein.

Es wächst die Einsicht, dass Stadtregionen und Verdichtungsräume als regionale Wachstumsmotoren neue Formen der Zusammenarbeit benötigen. Deshalb muss Fragen der regionalen Zusammenarbeit noch größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es kommt darauf an, Klarheit darüber zu schaffen, welche Anforderungen auf die Stadt und regionale Kooperationen zukommen, um im europäischen Wettbewerb bestehen zu können und Synergien durch regionale Kooperation zu erreichen.

An geeigneten Stellen ist daher die interkommunale Zusammenarbeit zu suchen. Auch, wenn eine Zusammenarbeit nur an wenigen Stellen konkret möglich scheint, kann der Dialog anderen Kommunen für die Lösung von Problemen in der Stadt Gütersloh sehr hilfreich sein.

Bei den vom Kreis Gütersloh übernommenen Aufgaben, die für die BürgerInnen der Stadt Gütersloh von hoher Bedeutung sind, wie etwa die Berufsschulen, das Jobcenter oder die Gesundheitspolitik, gilt es, dem Kreis die entsprechende benötigte Unterstützung zukommen zu lassen, um den GütersloherInnen eine bestmögliche Versorgung gewährleisten zu können.

Die Solidarität zwischen den Städten und Gemeinden hat für uns eine hohe Bedeutung. Wir setzen uns daher gemeinsam mit der kommunalen Familie bei Land und Bund für eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen ein. Dabei muss uns bewusst sein, dass wir uns als Stadt Gütersloh im Vergleich zu vielen anderen Kommunen in einer guten finanziellen Situation befinden. Gleichzeitig hätte eine eventuelle Zahlungsunfähigkeit anderer Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen indirekt gravierende Folgen für die Kreditfähigkeit aller Kommunen und somit auch für uns. Für diese Fälle gilt es, die Interessen Güterslohs und der kommunalen Familie zu bündeln und gemeinsam zu verfolgen.

8.8. Beteiligung, Transparenz und Kommunikation

Transparenz und die aktive Beteiligung an politischen Prozessen sind berechtigte Ansprüche vieler BürgerInnen an die Politik des 21. Jahrhunderts. Die SPD begrüßt und fördert diese verständlichen Ansprüche an Politik – besonders an eine moderne und den Menschen zugewandte Kommunalpolitik.

Dass Gütersloh als „Modellkommune eGovernment“ vorangeht begrüßen wir – alle dafür geeigneten Dokumente der Stadt sollten für alle BürgerInnen zugänglich gemacht werden. Nur so entsteht erst eine echte Partizipationsmöglichkeit außerhalb der politischen Gremien für die interessierte Öffentlichkeit. Wir möchten in der kommenden Legislaturperiode erreichen, dass

alle größeren Vorhaben der Stadt von Dialog-Veranstaltungen begleitet werden.

Diese sollten im Vorfeld einer möglichen Willensbildung in Ausschüssen stattfinden, damit die BürgerInnen echte Einflussmöglichkeiten auf wichtige Themen unserer Stadt erhalten. Nur so kann, besonders bei umstrittenen Entscheidungen, echte Akzeptanz bei den Menschen entstehen. Dies ist allerdings kein Selbstzweck: Finden Maßnahmen der Transparenz und Beteiligung keinen angemessenen Anklang, müssen sie entsprechend verändert und angepasst werden. Bei Entscheidungen, die in der Öffentlichkeit auf hohes Interesse stoßen, sollte die Kommunalpolitik mutiger werden und häufiger auf die Möglichkeiten von (Rats-)Bürgerentscheiden zurückgreifen. Hier muss es allerdings klare Grenzen geben: Ist zum Beispiel ein Abstimmung teurer als die Maßnahme über die abgestimmt wird, ergibt ein Bürgerentscheid in den meisten denkbaren Fällen wenig Sinn. Als Gütersloher SPD haben wir es in der Vergangenheit an vielen Stellen geschafft mehr Bürgerbeteiligung zu erwirken. Als besonderes Beispiel ist der Gütersloher Bildungsgipfel (→Kapitel 3.8.) zu nennen. Die Veranstaltung

war mit über 100 TeilnehmerInnen aus ganz unterschiedlichen Bereichen ein voller Erfolg und sollte Vorbild für viele andere wichtige Entscheidungen innerhalb der Stadt werden.

Für Beteiligung ist auch die Art der politischen Kommunikation ausschlaggebend. Die SPD setzt sich dafür ein, dass das Wissen über die Kommunalpolitik sich in der Bevölkerung stärker verbreitet (→ Kapitel 3.4. und 3.9.) und das kommunale Ehrenamt (→ Kapitel 6.8.) für viele BürgerInnen attraktiv wird. Hierfür ist auch ein enger Kontakt zu den Menschen erwünscht und wird von uns auch in Zukunft bewusst gesucht werden. Besonders Menschen mit Migrationshintergrund und ausländische MitbürgerInnen wollen wir stärker in die repräsentativen Strukturen einbinden und die Möglichkeit bieten, sich politisch zu betätigen.

8.9. Wurzeln sozialdemokratischer Kommunalpolitik

Sozialdemokratie hat ihre Wurzeln ganz besonders in der Kommunalpolitik. Unser politischer Erfolg und die Stärke der SPD als Volkspartei gründen in unserer Arbeit in der Kommune. Als sich die SozialdemokratInnen vor 106 Jahren in Gütersloh zusammengefunden haben, ging es ihnen um die Gestaltung des unmittelbaren Lebensraumes. Daran haben wir – auch unter den veränderten Bedingungen des zurückliegenden Jahrhunderts – stets festgehalten.

Unsere Aufgabe ist es auch weiterhin, unsere Lebensgrundlagen zu sichern und unseren Lebensraum für alle Menschen zu gestalten. In dieser Absicht laden wir die BürgerInnen dazu ein, sich mit uns auszutauschen und gemeinsam mit uns unser tägliches Lebensumfeld in Gütersloh zu gestalten.

9. Personal

Folgende KandidatInnen sollen für die Jahre 2014-2020 dieses Programm im Rat der Stadt Gütersloh vertreten. In den Wahlkreisen:

Wahlkreis-Nummer	Wahllokal	KandidatIn
010	Grundschule Kattenstroth	Hans-Peter Jost
020	Reinhard-Mohn-Berufskolleg	Ann Katrin Brambrink
030	Anne-Frank-Schule	Annette Kornblum
040	Grundschule Pavenstädt	Matthias Trepper
050	Volkshochschule	Dennis Selent
060	Rathaus / Hermann-Geibel-Haus	Ingrid Schrader
070	Grundschule Blücherschule	Martin Goecke
080	Alte Schule Hollen / Grundschule Blankenhagen	Karl Koch
090	Evangelisches Gemeindehaus	Dr. Siegfried Bethlehem
100	Freiherr-vom-Stein-Schule	Thomas Ostermann
110	Grundschule Nordhorn	Volker Richter
120	Hauptschule Ost	Carsten Engelbrecht
130	Grundschule Astrid-Lindgren-Schule	Jael Rachel Räker
140	Grundschule Paul-Gerhardt-Schule	Dr. Thomas Krümpelmann
150	Janusz-Korczak-Schule	Christa Kockentiedt
160	Grundschule Heidewald	Susanne Kohlmeyer
170	Grundschule Josefschule	Eckhard Möller
180	Grundschule Edith-Stein-Schule	Elvan Korkmaz
190	Grundschule Kapellenschule	Annette Gocht
200	Grundschule Avenwedde-Bahnhof	Sabine Hollmann
210	Feuerwehrgerätehaus	Irwin Subryan
220	Freie Waldorfschule	Falk Ilskensmeier

Und auf der Reserveliste:

Platz	KandidatIn	ErsatzkandidatIn
1	Thomas Ostermann	
2	Ann Katrin Brambrink	
3	Matthias Trepper	
4	Christa Kockentiedt	
5	Irwin Subryan	
6	Annette Kornblum	
7	Dr. Thomas Krümpelmann	
8	Ingrid Schrader	Sabine Hollmann
9	Dr. Siegfried Bethlehem	Stefan Weichhaus
10	Martin Goecke	Dennis Selent
11	Annette Gocht	
12	Volker Richter	
13	Susanne Kohlmeyer	
14	Peter Jost	
15	Dennis Selent	Carsten Engelbrecht
16	Jael Rachel Räker	
17	Carsten Engelbrecht	
18	Sabine Hollmann	
19	Karl Koch	
20	Eckhard Möller	
21	Elvan Korkmaz	

22	Falk Ilkensmeier	
23	Claudia Hansen	
24	Wolf Hardt	
25	Matthis Haverland	
26	Greta Maurer	
27	Felix Eggersglüß	
28	Zuhal Karakayli	
29	Stefan Weichhaus	Lisa Nora Przybilla
30	Armin Wiese	
31	Waltraud Subryan	
32	Michael Kohlmeyer	
33	Ute Jost	
34	Hans-Werner Küster	
35	Fritz Spratte	
36	Sabine Offel	
37	Frank Kahle-Klusmeier	
38	Lisa-Nora Przybilla	
39	Alyar Korkmaz	
40	Sarah Czarnecki	
41	Monika Geißler	
42	Klaus Niebusch	
43	Maria Vornholt	
44	Denho Cinar	

10. Schlusswort

Am 25. Mai entscheiden!

Mit diesem Programm legen wir unsere Ideen für die Politik in Gütersloh in den kommenden sechs Jahren bis 2020 vor. Am 25. Mai dieses Jahres fällt die Entscheidung, ob in Gütersloh eine soziale und gerechte Politik gemacht wird. Nach zehn Jahren Politik einer schwarz-grüner Plattform (davon fünf gemeinsam mit der UWG) wird es Zeit für einen Wechsel.

Am 25. Mai geht es um eine echte Mehrheit für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit. Wir stehen für diese Politik. Wir wollen diese Politik im Rat der Stadt Gütersloh durchsetzen. Gütersloh braucht eine starke SPD im Rathaus.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wir hoffen, dass wir Ihnen unsere Ziele näher bringen konnten und dass unsere Inhalte Sie überzeugt haben. Geben Sie den Kandidatinnen und Kandidaten der SPD für den Rat der Stadt Gütersloh Ihre Stimme. Das Wahlrecht ist ein hohes Gut. Verzichten Sie nicht darauf, nutzen Sie es für eine erfolgreiche Zukunft unserer l(i)ebenswerten Heimatstadt Gütersloh.

Ihre
Gütersloher SPD

Matthias Trepper
SPD-Stadtverband Gütersloh

Thomas Ostermann
SPD-Ratsfraktion Gütersloh

Gütersloh, im April 2014